

Bezugspreis:

Für den Monat September 1922... Voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, East- und Westpreußen, sowie Ostpreußen und Litauen 2,40 M. für das übrige Ausland 2,80 M. Postbefreiungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Gemeinwohl“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komposition... „Kleinanzeigen“ das fertige Blatt... jedes weitere Wort 10.- M. ... jedes weitere Wort 5.- M. ... über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 10.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Mittwoch, den 13. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Belgiens Antwort.

Schatzscheine für August und September. — Hinterlegung eines Golddepots.

Brüssel, 12. September. Wie die Agence Belge mitteilt, hat der belgische Ministerpräsident Theunis, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen auf dem laufenden gehalten hatte, beschlossen, von Deutschland die Begleichung der am 15. 8. und 15. 9. fälligen Zahlungen mit Schatzscheinen zu verlangen, die durch ein Golddepot sichergestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmen Bank hinterlegt werden soll. Heute vormittag notifizierte der Minister des Auswärtigen, Japar, dem deutschen Gesandten Dr. Landsberg den Beschluß der belgischen Regierung.

Paris, 12. September. (E.P.) Der Korrespondent des „Temps“ in Brüssel meldet, daß man in gewissen politischen Kreisen zögere, es zu Sanktionen gegen Deutschland kommen zu lassen, da man glaube, daß dadurch der Zusammentritt der Finanzkonferenz in Brüssel im November unmöglich gemacht werde. In Regierungskreisen sei man dagegen entschlossener.

Bei den im August und September fälligen Raten handelt es sich um eine Summe von insgesamt 100 Millionen Goldmark. Indem die belgische Regierung an Deutschland mit dem Verlangen herantritt, diese Summe in Schatzscheinen zu begleichen und als Garantie eine entsprechende Reserve in Gold bei einer Belgien genehmen Bank zu hinterlegen, beschreitet sie den Weg, den die Reparationskommission für den Fall eines resultatlosen Verlaufs der direkten Verhandlungen vorgesehen hatte. Wenn in der Mitteilung von den weiter fälligen Raten nicht gesprochen wird, so kann darin der Wille zu einem gewissen Entgegenkommen zum Ausdruck kommen, unbedingt notwendig ist das aber nicht, und es wäre gefährlich, seine Maßnahmen auf eine derartige Hoffnung aufzubauen.

Die deutsche Regierung ist nunmehr vor die Frage gestellt, woher sie das Gold für die zu deponierende Summe nehmen soll. Die Hundert Millionen Goldmark sind etwas mehr als ein Drittel der im ganzen an Belgien zu entrichtenden Summe. Bevor weitere Schritte erfolgen können, wäre es ratsam, zu wissen, wie sich die belgische Regierung das Begleichungsverfahren für die Restsumme denkt, was sie unter der ihr genehmen Bank versteht, und ob das Golddepot gegebenenfalls mit Goldwerten an

Goldes statt aufgefüllt werden kann. Ehe über diese Fragen nicht Klarheit herrscht, werden Dispositionen schwerlich zu treffen sein. Hier werden sich also Rückfragen der Herren Schröder und Bergmann in Paris nicht umgehen lassen.

Von vornherein muß aber betont werden, daß der Weg, auf den sich die belgische Regierung begeben hat, nicht ohne schwerste Bedenken ist. Dem Währungsversall, der in den letzten Tagen nur mühsam gegen die Bestrebungen gewisser Kreise aufgehalten werden konnte, ist damit von neuem die Tür geöffnet worden. Was nicht der deutschen Regierung und dem deutschen Volk, was nicht der ganzen Welt die Tatsache, daß neben England und Italien auch Belgien zu der Ueberzeugung von der deutschen Zahlungsunfähigkeit und der Verderblichkeit der bisherigen Reparationspolitik gelangt ist, wenn man auf der Gegenseite vergißt, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen? Soll Deutschland der Papiermarkt die letzte dünne Golddecke nehmen? Es ist denn doch sehr die Frage, ob sich die Präsidenten der Reichsbank, die auf ausdrücklichen Wunsch der Entente dem Einfluß der deutschen Regierung entzogen wurden, und denen die Herkulesarbeit überantwortet wurde, der Inflation ein Ende zu machen, ohne eine genaue Klärung der Lage zu einem derartigen Eingriff verstehen würden. Was nun gar die Privatindustrie anbelangt, so werden sich die Vertreter Belgiens in Berlin davon überzeugt haben, daß es besser ist, zu einem Einvernehmen zu gelangen, ohne ihre so überaus hilfreiche Hand in Anspruch zu nehmen. Wenn also Belgien die Kreise Deutschlands, die keine Mühe scheuen, um zu einer gesunden Wiedergutmachungspolitik zu gelangen, von der nur schwer fauler gehaltene Straßreiter treiben will, so ist es auf dem rechten Wege.

Es scheint, daß man sich in Belgien über den Ernst dieser Lage, die ihre Schatten weit über die Grenzen Deutschlands hinaus wirft, nicht im klaren ist. Noch sind nicht alle Türen zugeworfen, aber es muß doch betont werden, daß einseitige Diktate nicht der Weg sind, um dem Wahnsinn ein Ende zu machen, der Europa noch immer gefangen hält, obgleich man sich auch auf der Gegenseite darüber im klaren ist, daß dieser Wahnsinn nur Methode hat, wenn man Deutschland in das äußerste Unglück stürzen will.

Nebenregierung?

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Die wiederholten Besprechungen der Reichsregierung mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften machen einem Teil der bürgerlichen Presse einige Sorgen. Wie früher, so spricht man auch jetzt von der gewerkschaftlichen Nebenregierung, aber die eigentliche Ursache der Aufregung dürfte darin zu erblicken sein, daß die hinter der bürgerlichen Presse stehenden Handels- und Industriekreise eine Beschränkung der Wucherfreiheit befürchten. Selbst die „Vossische Zeitung“ glaubt betonen zu müssen, daß Wirtschaftskatastrophe und Teuerungsnote keine sozialdemokratische Propaganda- und leider keine ausschließliche Angelegenheit der Arbeiterklasse sind, daß es vielmehr auch andere Schichten der Bevölkerung gäbe, die bei der Teuerung geringere Erfolge aufzuweisen hätten als die Arbeiter. Von ihnen sei leider keine Rede.

Die Reichsregierung ist nicht nur für eine bestimmte Bevölkerungsschicht, sondern für das ganze Volk da, und sie hat bisher gezeigt, daß ihr nichts ferner liegt als die Benachteiligung einer Klasse. In welchem Maße aber die Wirtschaftsorganisationen zu den notwendigen Beratungen herangezogen werden, das hängt nicht nur von deren Macht, sondern auch von ihrer Initiative ab. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich in der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder keinerlei Beschränkung auferlegt und sind wiederholt von den Regierungsstellen zu Beratungen herangezogen worden, die überdies im Interesse aller jener Volksgenossen liegen, die nicht über riesige Kapitalien verfügen. Merkwürdig ist, daß die bürgerliche Presse nur sieht, was die Gewerkschaften machen und offenbar nichts von dem ununterbrochenen Sturm der Industrie- und Handelskreise auf das Reichswirtschaftsministerium wissen. Vielleicht erkundigt man sich einmal im Reichswirtschaftsministerium, wie oft der Minister täglich Vertreter des Handels und der verschiedenen Industriegruppen einläßt, um mit ihnen über notwendige Maßnahmen zu sprechen, ihre Wünsche und Beschwerden anzuhören. Was dem Einen recht ist, muß dem Andern billig bleiben, und wenn jene Bevölkerungsschichten, über deren Not man nach der „Vossischen Zeitung“ in der Öffentlichkeit nicht spricht, ihr Schicksal Leuten anvertrauen, die selbst nichts von der Not wissen und daher auch nicht für notwendig halten, mit den Regierungsstellen über die Linderung der Leiden ihrer Auftraggeber zu verhandeln, dann ist das ihre eigene Schuld und nicht die der Gewerkschaften.

Zur Sicherung der Ernährung.

Am Dienstag vormittag empfing Reichswirtschaftsminister Schmidt im Beisein des Ernährungsministers, Prof. Dr. Fehr, die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu neuen Besprechungen über die Maßnahmen gegen die Teuerung. Der Vertreter der Christlichen Gewerkschaften gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das Reichswirtschaftsministerium in so wohlwollender Weise die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren bestrebt ist und bereits einen großen Teil der von der bürgerlichen Presse als phantastisch und undurchführbar bezeichneten Forderungen der Gewerkschaften verwirklicht hat. Die Hauptwünsche der Gewerkschaften bezogen sich diesmal auf die Sicherung der Ernährung der arbeitenden Massen. Der Reichsernährungsminister entwarf ein ausführliches Bild von der gegenwärtigen Ernährungslage und äußerte sich dabei sehr optimistisch über die diesjährige Ernte. Die Getreideernte sei zwar nicht besonders günstig gewesen, aber mit Hilfe der noch vorhandenen Reserven hoffe man ohne Schwierigkeiten das neue Erntejahr überstehen zu können. Die Kartoffelernte sei als glänzend zu bezeichnen. Höchstpreise für Kartoffeln seien kaum nötig, da durch das zu erwartende große Angebot ein übermäßig hoher Preis nicht zu befürchten sei. Sehr gut verspreche auch die Zuckerernte zu werden.

In der sehr ausführlichen Besprechung wurde von den Vertretern aller Spitzenorganisationen wiederholt dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß, wie das Reichswirtschaftsministerium, sich auch die anderen zuständigen Ressorts die Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers angelegen sein lassen möchten.

Die Not des Handwerks.

Der Reichskanzler empfing gestern den Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Hermann, der die immer schwieriger sich gestaltende Lage des deutschen Handwerks darlegte. Der Reichskanzler erklärte sich bereit, zur Verbesserung einer gründlichen Aussprache zwischen Reichsregierung und deutschem Handwerk sobald als möglich eine Konferenz unter seiner, des Reichskanzlers, Leitung einzuberufen, an der neben der Vertretung des Handwerks die beteiligten Reichsressorts mitwirken werden.

Gefängnis für Demonstrationen. Ueber fünf Teilnehmer an den kommunistischen Kundgebungen in Paris vom letzten Sonntag wurden Gefängnisstrafen von ein bis drei Monaten verhängt.

Die Lüge vom faulen Arbeiter.

Der Arbeiter ist der Badesel, dem manche Politiker, viele Volkswirtschaftler und alle Kannegießer gar zu gern die Fehler, die sie an der derzeitigen deutschen Produktion finden, aufladen. Im Streik der Meinungen, im politischen Tageskampf, kurz bei jeder Gelegenheit ist ja auch nichts einfacher, als diese „Freistellung“: Es wird nicht genug gebaut, natürlich weil der Arbeiter nicht genug Rohmaterialien herstellt, die Eisenbahnen rentieren sich nicht, sehr einfach, der Etat ist mit Personal überbelastet, das Brot ist so teuer, ganz klar, die Landarbeiter sind faul.

Das ist die Melodie, die in abertausend Variationen überall und nicht zuletzt im Stadtbahnzuge und auf der Straßenbahn, auch am Born vieler politischer Weisheit, dem Bierisch, zu hören ist. Am verwunderlichsten ist dabei, daß die Arbeiter selbst sich diese Vorwürfe immer wieder so ruhig gefallen lassen. Sie sind leider oft genug von einer erschreckenden Gleichgültigkeit und ohne das geringste Bedürfnis, sich zu wehren.

Das Kennzeichen der deutschen Produktion ist, wenn die Frage ernsthafter untersucht wird, doch, daß sie mit einem Apparat arbeitet, der verwirtschaftet ist. Es ist alles verwirtschaftet, das Material, die Maschinen, die Häuser, die Verkehrsmittel und nicht zuletzt die Menschen selbst. In diesen Tatsachen drückt sich die Folge des Krieges und die Last, die Versailles uns aufbürdete, aus. Optimisten meinen, da die anderen Länder Arbeitslose hätten und wir keine haben, sei unsere Wirtschaft, abgesehen von dem Dollarstand, doch eigentlich ganz in Ordnung. So wird immer wieder vorbeigesehen.

Es vergeht kaum ein Tag, daß nicht die bürgerliche und im besonderen die schwarzweiche Presse, bewaffnet mit statistischen Zahlenreihen und darauf aufgebauten weisheitsvollen Schlüssen aufzeigt, wie dem Verfall der deutschen Produktion auf einen Schlag ein Ende gemacht werden könne. Die Produktion muß gehoben werden! Das ist ganz einfach; der Arbeiter mag nur wieder gezwungen werden, soviel zu leisten wie vor dem Kriege. Es soll hier nicht untersucht werden, ob er dazu überhaupt in der Lage ist. Diese Prüfung ist schon deswegen überflüssig, weil heute in der Mehrzahl der deutschen Produktionsstätten erstaunlicherweise die Friedensleistung schon wieder erreicht ist. Der Produktionsrückgang gegenüber der Vorkriegszeit liegt eben in ganz anderen Ursachen als darin, daß der Prolet vom Unternehmer nicht mehr so scharf an die Kandare genommen werden kann wie ehemals.

Die Eisenbahnen leisten heute 75 Proz., also drei Viertel ihrer Vorkriegskraft. Ist das nicht eine bewundernswürdige Leistung? Das Eisenbahnnetz hat vier Jahre lang eine ungeheuerliche Ueberlastung ausgehalten, es wurden wieder wirtschaftliche noch kaufmännische Rücksichten genommen. Nach dem Kriege hat die deutsche Industrie durch ihre hohen Preise für Ergänzungsmaterialien, hat sie durch günstige Frachttarife, hat auch die Allgemeinheit durch Fahrpreise, die in keinem Verhältnis zur wirklichen Entwertung des Geldes standen, aus dem Eisenbahnbetrieb Unterstützung gezogen. Das waren Opfer, die die Reichsbahnen dem Volke brachten. Wird von der Ueberbelastung mit Personal gesprochen, so sollte nicht vergessen werden, in welchem Ausmaße Kriegsbeschädigte Verwendung gefunden haben. Das ist ebenfalls Dienst an der Allgemeinheit. Zu all dem kommt, daß auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen und der Bestimmungen von Versailles unser bestes Material aus dem Lokomotiv- und dem Wagenpark abzuleiern war. Und dennoch leistet die Eisenbahn heute schon wieder 75 Proz. dessen, was ihr vor dem Kriege möglich war. Das ist doch nicht zuletzt auch ein Beweis für den ehrlichen Arbeitswillen der Eisenbahner.

Die Bergarbeiter bekommen immer wieder die durchschnittliche Kohlenmenge auf den Kopf zugerechnet, die sie jetzt fördern und ehemals geleistet haben. Das ist ein statistisches Kunststück, das z. B. jeder fertigtbringen muß, der bei der „Deutschen Tageszeitung“ Volontär werden will. Dabei ist die Kohlenförderleistung eine Angelegenheit, die von vielen anderen Umständen und nicht nur von der Zahl der mit ihr beschäftigten Arbeiter abhängt. Die Kohlengewinnung und im besonderen die schon auf der Zehne beginnende Kohlenverwertung erfordern heute viel mehr Arbeitskräfte als ehemals, wie ja der Gewinn aus Kohle schon lange nicht mehr in ihrer Verwertung als Brennstoff, sondern in der Ausnutzung als chemisches Roh- und Grundmaterial liegt. Auch der Bergbau ist stark heruntergewirtschaftet; der Begriff der Erschöpfung ist in ihm, sehr zum Schaden der Produktionsleistung, noch weit verbreitet.

Wie steht es mit der Landwirtschaft? Hier bestand die größte Gefahr, daß die Auswirkungen des Krieges, des Zusammenbruchs und der Umwälzung auf die Arbeiter ungünstige Einflüsse ausüben konnte, weil sie eine politisch und sozial neuwachende Schicht des Volkes trafen. Aber gerade der Landarbeiter hat im ganzen gesehen eine vorbildliche Stellung zum deutschen Produktionsprozeß genommen. Das ist so eklatant, daß sogar die führenden agrarischen Blätter offen zugeben, daß unsere landwirtschaftliche Produktion eine recht beträchtliche Erholung zu verzeichnen hat. Was hier

Bezugspreis:

Für den Monat September 1922, M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Ungarn 24.— M. für das übrige Ausland 28.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Irland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siebung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr beträgt 40.— M. (Zeilenzahl 1500.— M.). „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt Wort 12.— M. (zuletzt zwei fertige Worte) jedes weitere Wort 10.— M. Stellungsfrage und Stellenangelegenheiten das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
und 2506-2507

Mittwoch, den 13. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Belgiens Antwort.

Schahscheine für August und September. — Hinterlegung eines Golddepots.

Brüssel, 12. September. Wie die Agence Belge mitteilt, hat der belgische Ministerpräsident Theunis, der seine in Brüssel anwesenden Kollegen auf dem laufenden gehalten hatte, beschlossen, von Deutschland die Begleichung der am 15. 8. und 15. 9. fälligen Zahlungen mit Schahscheinen zu verlangen, die durch ein Golddepot sichergestellt werden sollen, das in einer der belgischen Regierung genehmen Bank hinterlegt werden soll. Heute vormittag notifizierte der Minister des Äußeren, Jaspars, dem deutschen Gesandten Dr. Candsberg den Beschluß der belgischen Regierung.

Paris, 12. September. (C.B.) Der Korrespondent des „Temps“ in Brüssel meldet, daß man in gewissen politischen Kreisen zögere, es zu Sanktionen gegen Deutschland kommen zu lassen, da man glaube, daß dadurch der Zusammentritt der Finanzkonferenz in Brüssel im November unmöglich gemacht werde. In Regierungskreisen sei man dagegen entschlossener.

Bei den im August und September fälligen Raten handelt es sich um eine Summe von insgesamt 100 Millionen Goldmark. Indem die belgische Regierung an Deutschland mit dem Verlangen herantritt, diese Summe in Schahscheinen zu begleichen und als Garantie eine entsprechende Reserve in Gold bei einer Belgien genehmen Bank zu hinterlegen, beschreitet sie den Weg, den die Reparationskommission für den Fall eines resultatlosen Verlaufs der direkten Verhandlungen vorgesehen hatte. Wenn in der Mitteilung von den weiter fälligen Raten nicht gesprochen wird, so kann darin der Wille zu einem gewissen Entgegenkommen zum Ausdruck kommen, unbedingt notwendig ist das aber nicht, und es wäre gefährlich, seine Maßnahmen auf eine derartige Hoffnung aufzubauen.

Die deutsche Regierung ist nunmehr vor die Frage gestellt, woher sie das Gold für die zu deponierende Summe nehmen soll. Die Hundert Millionen Goldmark sind etwas mehr als ein Drittel der im ganzen an Belgien zu entrichtenden Summe. Bevor weitere Schritte erfolgen können, wäre es ratsam, zu wissen, wie sich die belgische Regierung das Begleichungsverfahren für die Restsumme denkt, was sie unter der ihr genehmen Bank versteht, und ob das Golddepot gegebenenfalls mit Goldwerten an

Goldes Statt aufgefüllt werden kann. Ehe über diese Fragen nicht Klarheit herrscht, werden Dispositionen schwerlich zu treffen sein. Hier werden sich also Rückfragen der Herren Schröder und Bergmann in Paris nicht umgehen lassen.

Von vornherein muß aber betont werden, daß der Weg, auf den sich die belgische Regierung begeben hat, nicht ohne schwerste Bedenken ist. Dem Währungsversall, der in den letzten Tagen nur mühsam gegen die Bestrebungen gewisser Kreise aufgehalten werden konnte, ist damit von neuem die Tür geöffnet worden. Was nützt der deutschen Regierung und dem deutschen Volk, was nützt der ganzen Welt die Tatsache, daß neben England und Italien auch Belgien zu der Ueberzeugung von der deutschen Zahlungsunfähigkeit und der Verderblichkeit der bisherigen Reparationspolitik gelangt ist, wenn man auf der Gegenseite vergißt, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen? Soll Deutschland der Papiermarkt die letzte dünne Golddecke nehmen? Es ist dem doch sehr die Frage, ob sich die Präsidenten der Reichsbank, die auf ausdrücklichen Wunsch der Entente dem Einfluß der deutschen Regierung entzogen wurden, und denen die Herkulesarbeit überantwortet wurde, der Inflation ein Ende zu machen, ohne eine genaue Klärung der Lage zu einem derartigen Eingriff verstehen würden. Was nun gar die Privatindustrie anbelangt, so werden sich die Vertreter Belgiens in Berlin davon überzeugt haben, daß es besser ist, zu einem Einvernehmen zu gelangen, ohne ihre so überaus hilfreiche Hand in Anspruch zu nehmen. Wenn also Belgien die Kreise Deutschlands, die keine Mühe scheuen, um zu einer gesunden Wiedergutmachungspolitik zu gelangen, von der nur schwer fauber gehaltenen Straße vortreiben will, so ist es auf dem rechten Wege.

Es scheint, daß man sich in Belgien über den Ernst dieser Lage, die ihre Schatten weit über die Grenzen Deutschlands hinaus wirft, nicht im klaren ist. Noch sind nicht alle Türen zugeworfen, aber es muß doch betont werden, daß einseitige Diktate nicht der Weg sind, um dem Wahnsinn ein Ende zu machen, der Europa noch immer gefangen hält, obgleich man sich auch auf der Gegenseite darüber im klaren ist, daß dieser Wahnsinn nur Methode hat, wenn man Deutschland in das äußerste Unglück stürzen will.

Die Lüge vom faulen Arbeiter.

Der Arbeiter ist der Pöbel, dem manche Politiker, viele Volkswirtschaftler und alle Kammgänger gar zu gern die Fehler, die sie an der derzeitigen deutschen Produktion finden, aufladen. Im Streit der Meinungen, im politischen Tageskampf, kurz bei jeder Gelegenheit ist ja auch nichts einfacher, als diese „Feststellung“: Es wird nicht genug gebaut, natürlich weil der Arbeiter nicht genug Rohmaterialien herstellt, die Eisenbahnen rentieren sich nicht, sehr einfach, der Etat ist mit Personal überbelastet, das Brot ist so teuer, ganz klar, die Landarbeiter sind faul.

Das ist die Melodie, die in abertausend Variationen überall und nicht zuletzt im Stadtbahnzuge und auf der Straßenbahn, auch am Born vieler politischer Weisheit, dem Bierisch, zu hören ist. Am verwunderlichsten ist dabei, daß die Arbeiter selbst sich diese Vorwürfe immer wieder so ruhig gefallen lassen. Sie sind leider oft genug von einer erschreckenden Gleichgültigkeit und ohne das geringste Bedürfnis, sich zu wehren.

Das Kennzeichen der deutschen Produktion ist, wenn die Frage ernsthafter untersucht wird, doch, daß sie mit einem Apparat arbeitet, der verwirrt ist. Es ist alles verwirrt, das Material, die Maschinen, die Häuser, die Verkehrsmittel und nicht zuletzt die Menschen selbst. In diesen Tatsachen drückt sich die Folge des Krieges und die Last, die Versailles uns aufbürdete, aus. Optimisten meinen, da die anderen Länder Arbeitslose hätten und wir keine haben, sei unsere Wirtschaft, abgesehen von dem Dollarstand, doch eigentlich ganz in Ordnung. So wird immer wieder vorbeigesehen.

Es vergeht kaum ein Tag, daß nicht die bürgerliche und im besonderen die schwarzweisse Presse, bewaffnet mit statistischen Zahlenreihen und darauf aufgebauten weisheitsoollen Schlüssen aufzeigt, wie dem Versall der deutschen Produktion auf einen Schlag ein Ende gemacht werden könne. Die Produktion muß gehoben werden! Das ist ganz einfach; der Arbeiter mag nur wieder gezwungen werden, soviel zu leisten wie vor dem Kriege. Es soll hier nicht untersucht werden, ob er dazu überhaupt in der Lage ist. Diese Prüfung ist schon deswegen überflüssig, weil heute in der Mehrzahl der deutschen Produktionsstätten erstaunlicherweise die Friedensleistung schon wieder erreicht ist. Der Produktionsrückgang gegenüber der Vorkriegszeit liegt eben in ganz anderen Ursachen als darin, daß der Prolet vom Unternehmer nicht mehr so scharf an die Kandare genommen werden kann wie ehemals.

Die Eisenbahnen leisten heute 75 Proz., also drei Viertel ihrer Vorkriegskraft. Ist das nicht eine bewundernswerte Leistung? Das Eisenbahnnetz hat vier Jahre lang eine ungeheuerliche Ueberlastung ausgehalten, es wurden wieder wirtschaftliche noch kaufmännische Rücksichten genommen. Nach dem Kriege hat die deutsche Industrie durch ihre hohen Preise für Ergänzungsmaterialien, hat sie durch günstige Frachttarife, hat auch die Allgemeinheit durch Fahrpreise, die in keinem Verhältnis zur wirklichen Entwertung des Geldes standen, aus dem Eisenbahnbetrieb Unterstützung gezogen. Das waren Opfer, die die Reichsbahnen dem Volke brachten. Wird von der Ueberbelastung mit Personal gesprochen, so sollte nicht vergessen werden, in welchem Ausmaße Kriegsbeschädigte Verwendung gefunden haben. Das ist ebenfalls Dienst an der Allgemeinheit. Zu all dem kommt, daß auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen und der Bestimmungen von Versailles unser bestes Material aus dem Lokomotiv- und dem Wagenpark abzuliefern war. Und dennoch leistet die Eisenbahn heute schon wieder 75 Proz. dessen, was ihr vor dem Kriege möglich war. Das ist doch nicht zuletzt auch ein Beweis für den ehrlichen Arbeitswillen der Eisenbahner.

Die Bergarbeiter bekommen immer wieder die durchschnittliche Kohlenmenge auf den Kopf zugerechnet, die sie jetzt fördern und ehedem geleistet haben. Das ist ein statistisches Kunststück, das z. B. jeder fertigbringen muß, der bei der „Deutschen Tageszeitung“ Volontär werden will. Dabei ist die Kohlenförderleistung eine Angelegenheit, die von vielen anderen Umständen und nicht nur von der Zahl der mit ihr beschäftigten Arbeiter abhängt. Die Kohlegewinnung und im besonderen die schon auf der Zehne beginnende Kohlenverwertung erfordern heute viel mehr Arbeitskräfte als ehemals, wie ja der Gewinn aus Kohle schon lange nicht mehr in ihrer Bewertung als Brennstoff, sondern in der Ausnutzung als chemisches Roh- und Grundmaterial liegt. Auch der Bergbau ist stark heruntergewirtschaftet; der Begriff der Erschöpfung ist in ihm, sehr zum Schaden der Produktionsleistung, noch weit verbreitet.

Wie sieht es mit der Landwirtschaft? Hier bestand die größte Gefahr, daß die Auswirkungen des Krieges, des Zusammenbruchs und der Umwälzung auf die Arbeiter ungünstige Einflüsse ausüben konnte, weil sie eine politisch und sozial neu erwachte Schicht des Volkes trafen. Aber gerade der Landarbeiter hat im ganzen gesehen eine vorbildliche Stellung zum deutschen Produktionsprozeß genommen. Das ist so eklatant, daß sogar die führenden agrarischen Blätter offen zugeben, daß unsere landwirtschaftliche Produktion eine recht beträchtliche Erholung zu verzeichnen hat. Was hier

Nebenregierung?

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Die wiederholten Besprechungen der Reichsregierung mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften machen einem Teil der bürgerlichen Presse einige Sorgen. Wie früher, so spricht man auch jetzt von der gewerkschaftlichen Nebenregierung, aber die eigentliche Ursache der Aufregung dürfte darin zu erblicken sein, daß die hinter der bürgerlichen Presse stehenden Handels- und Industriekreise eine Beschränkung der Wucherfreiheit befürchten. Selbst die „Vossische Zeitung“ glaubt betonen zu müssen, „daß Wirtschaftskatastrophe und Teuerungsnote keine sozialdemokratische Propaganda- und leider keine ausschließliche Angelegenheit der Arbeiterklasse sind“, daß es vielmehr auch andere Schichten der Bevölkerung gäbe, die bei der Teuerung geringere Erfolge aufzuweisen hätten als die Arbeiter. Von ihnen sei leider keine Rede.

Die Reichsregierung ist nicht nur für eine bestimmte Bevölkerungsschicht, sondern für das ganze Volk da, und sie hat bisher gezeigt, daß ihr nichts ferner liegt als die Bevorzugung einer Klasse. In welchem Maße aber die Wirtschaftsorganisationen zu den notwendigen Beratungen herangezogen werden, das hängt nicht nur von deren Macht, sondern auch von ihrer Initiative ab. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich in der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder keinerlei Beschränkung auferlegt und sind wiederholt von den Regierungsstellen zu Beratungen herangezogen worden, die überdies im Interesse aller jener Volksgenossen liegen, die nicht über riesige Kapitalien verfügen. Wertwürdig ist, daß die bürgerliche Presse nur sieht, was die Gewerkschaften machen und offenbar nichts von dem ununterbrochenen Sturm der Industrie- und Handelskreise auf das Reichswirtschaftsministerium wissen. Bieleicht erkundigt man sich einmal im Reichswirtschaftsministerium, wie oft der Minister täglich Vertreter des Handels und der verschiedenen Industriegruppen empfängt, um mit ihnen über notwendige Maßnahmen zu sprechen, ihre Wünsche und Beschwerden anzuhören. Was dem Einen recht ist, muß dem Andern billig bleiben, und wenn jene Bevölkerungsschichten, über deren Not man nach der „Vossischen Zeitung“ in der Deffektivität nicht irrt, ihr Schicksal Leuten anvertrauen, die selbst nichts von der Not wissen und daher auch nicht für notwendig halten, mit den Regierungsstellen über die Ueberwindung der Seiten ihrer Auftraggeber zu verhandeln, dann ist das ihre eigene Schuld und nicht die der Gewerkschaften.

Zur Sicherung der Ernährung.

Am Dienstag vormittag empfing Reichswirtschaftsminister Schmidt im Beisein des Ernährungsministers, Prof. Dr. Fehr, die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu neuen Besprechungen über die Maßnahmen gegen die Teuerung. Der Vertreter der Christlichen Gewerkschaften gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das Reichswirtschaftsministerium in so wohlwollender Weise die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren bestrebt ist und bereits einen großen Teil der von der bürgerlichen Presse als phantastisch und undurchführbar bezeichneten Forderungen der Gewerkschaften verwirklicht hat. Die Hauptwünsche der Gewerkschaften bezogen sich diesmal auf die Sicherung der Ernährung der arbeitenden Massen. Der Reichsernährungsminister entwarf ein ausführliches Bild von der gegenwärtigen Ernährungslage und äußerte sich dabei sehr optimistisch über die diesjährige Ernte. Die Getreideernte sei zwar nicht besonders günstig gewesen, aber mit Hilfe der noch vorhandenen Reserven hoffe man ohne Schwierigkeiten das neue Erntejahr überstehen zu können. Die Kartoffelernte sei als glänzend zu bezeichnen. Höchstpreise für Kartoffeln seien kaum nötig, da durch das zu erwartende große Angebot ein übermäßig hoher Preis nicht zu befürchten sei. Sehr gut verpreche auch die Zuckerernte zu werden.

In der sehr ausführlichen Besprechung wurde von den Vertretern aller Spitzenorganisationen wiederholt dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß, wie das Reichswirtschaftsministerium, sich auch die anderen zuständigen Ressorts die Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers angelegen sein lassen möchten.

Die Not des Handwerks.

Der Reichszentralrat empfing gestern den Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Hermann, der die immer schwieriger sich gestaltende Lage des deutschen Handwerks darlegte. Der Reichszentralrat erklärte sich bereit, zur Verbesserung einer gründlichen Aussprache zwischen Reichsregierung und deutschem Handwerk sobald als möglich eine Konferenz unter seiner, des Reichszentralrats, Leitung einzuberufen, an der neben der Vertretung des Handwerks die beteiligten Reichsressorts mitwirken werden.

Gefängnis für Demonstrationen. Neber fünf Teilnehmer an den kommunistischen Kundgebungen in Paris vom letzten Sonntag wurden Gefängnisstrafen von ein bis drei Monaten verhängt.

nach fehlt, liegt nicht an den Arbeitern, sondern an den Herren, die sich um den Brotfruchtbaum herumdrücken, um der Allgemeinheit möglichst wenig Umlagegetreide zuführen zu müssen. Zudem wird die Landwirtschaft heute oft genug gar nicht unter dem Gesichtspunkt der Ertragssteigerung der Getreideproduktion betrieben, sondern nach dem Grundsatz des größten persönlichen Bargeldvorteiles, unter der Sucht der Dollargeschäfte in Zucker und anderem.

Die Produktionszahlen und die Summe der in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Kräfte, so wie sie heute zueinander stehen, sind eben mit der Vorkriegszeit gar nicht in Vergleich zu setzen, weil unsere gesamte Warenerzeugung jetzt von völlig anderen Prinzipien ausgeht. Ebensovwenig ist aber die Ausführleistung der deutschen Wirtschaft mit den Produktionsziffern und der in ihr verkörperten Arbeitsleistung nach dem gleichen Schema, wie es vielleicht für 1913 gültig gewesen, in Beziehung zu setzen.

Wenn also das Statistische Amt des Reiches den gegenwärtigen Produktionsstand auf etwa sechzig Prozent der Friedensleistung einschätzt, so ist das, einmal die Richtigkeit aller Unterlagen als wahr unterstellt, zwar kein Beweis für die Faulheit der Arbeiter, es ist aber die sichtbare Ziffer der Herunterwirtschaftung unseres Produktionsapparats.

Die Auslaugung der deutschen Wirtschaft hat Gründe, die viel zu oft noch übersehen werden. Seit Jahren ist es bei den deutschen Aktiengesellschaften üblich geworden, neben der Dividende in allen nur denkbaren Formen den Effektenbesitzern ungeheure Gewinne in den Schoß zu werfen, die eigentlich in die Reserven, zur Erhaltung der Betriebsmaschinerie gehören. Wenn jetzt der Kater gekommen ist und die Industrie unter einer lebensgefährlichen Geldverknappung leidet, so liegt das doch gerade daran, daß ihr jene Reserven fehlten. Das Geschrei nach Beseitigung des Achtstundentages ist deswegen nichts anderes als der Versuch, aus vermehrter Arbeitsleistung die für die Kapitalisten so glücklichen Zeiten von 1920/21 wieder herbeizuführen. Für uns ist der Achtstundentag heute etwas ganz anderes. Er ist ein staatswirtschaftliches Prinzip, er ist Planwirtschaft, die in der Lage ist, unsere — man darf sich nicht darüber täuschen — jetzt langsam erstarrende Produktion zu strecken. Dem Unternehmer ist es schon recht, wenn heute die Produktion durch den Zwölfstundentag vorübergehend gesteigert wird und daß er dann mit vermehrtem Gewinn in die Lage versetzt wird, einer Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit materiell gefestigt ruhig zuzusehen. Der dumme August, der Staat, mag sich dann mit dem Arbeitslosenproblem herumschlagen.

Produktionssteigerung ist immer notwendig und ist auch im gegenwärtigen Moment, wenn sie von gemeinwirtschaftlichen Interessen getragen wird, für uns alle von Vorteil. Zerstörung des Achtstundentages bei freier privatrechtlicher Warenerzeugung und Konkurrenz hieße das letzte bisschen Volkskraft mit Scheffeln aus dem Lande hinauszuwerfen und den Arbeiter in kürzester Zeit der Katastrophe verschlossener Fabriken und in Hunger umkommender Kinder preisgeben. Weil der Achtstundentag die Sicherung unserer Produktion ist, das Fundament des stetigen inneren Wiederaufbaues, weil er Gemeinwirtschaft, weil er Staatswohl ist, muß er leben, damit wir nicht untergehen.

Der Ruin der Zeitungen.

Was anlässlich der letzten Papierpreiserhöhungen und der im Zusammenhang damit erfolgten Steigerung der Zeitungspreise vorausgesehen wurde, ist jetzt eingetreten. Die Zahl der Zeitungen, die sich genötigt sehen, ihr Erscheinen einzustellen, wächst ganz ungeheuerlich an. So verzeichnet allein die letzte Wochennummer des „Zeitungs-Verlages“, das Verbandsorgan der deutschen Zeitungsvorleger, zwölf Blätter, die mit dem Anfang September oder Anfang Oktober zu existieren aufhören. Darunter befindet sich

ein Kreisblatt, das wegen der hohen Druckkosten fortan nur noch auf Schreibmaschinenpapier vervielfältigt herausgegeben wird. Die Zeiten scheinen nicht mehr fern, wo man, wie im Mittelalter, die Neuigkeiten auf geschriebenen Handzetteln von Stadt zu Stadt tragen wird. Die Zahl der Zeitungen, die sich auf ein spärlicheres Erscheinen beschränken oder andere Umstellungen vornehmen, um sich bei den hohen Unkosten überhaupt noch aufrechterhalten zu können, wächst täglich. So haben kürzlich sieben sächsische Zeitungen sich zu einer „Westfälischen Zeitungsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. In zahlreichen größeren Städten verschwinden die Organe, die bisher zweimal täglich erschienen sind. So ist in ganz Westfalen nur noch eine einzige zweimal-täglich erscheinende Zeitung vorhanden.

So stirbt die selbständige Presse immer mehr aus und mit dem Sterben der Zeitungen wächst die Macht der vom Finanz- und Industriekapital abhängigen Organe. Auch die Arbeiterpresse ist in schwerster Gefahr. Auch sie kann die Bezugspreise den steigenden Gesehungskosten nicht mehr anpassen, ohne auf einen starken Abonnenteneinbruch zu rechnen. Während ein großer Teil der Presse, darunter viele Organe, die auf ein mehrere Menschenalter umfassendes Bestehen zurückblicken konnten, dem Untergang geweiht sind, verdienen die Holzstoff- und die Zellstoffindustrie, der Holzhandel und die Druckpapierfabrikanten mühelos. Es ist hohe Zeit, daß hier endlich eingeschritten wird.

In der Vollziehung des Reichsrates, in der die Not der Presse behandelt wurde, war es der Wirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt, der auf die Notlage der Presse und auf die Wege der Abhilfe hinwies. Warum zögert die Regierung immer noch, aus den Verhältnissen, die sie kennt, die unabwiesbaren Schlüsse zu ziehen? Wenn der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung dem Monarchismus ausgeliefert wird, so bleibt die Demokratie nur noch eine leere Phrase, weil die gesamte politische Ausstattungs-tätigkeit dann von den Kapitalinteressen beherrscht wird. Um so mehr ist es geboten, daß eine demokratische Regierung schleunigst zum mindesten die Zwangsindukate für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier schafft und Höchstpreise festsetzt, darüber hinaus aber für einen genügenden Einschlag von Holz zu ermäßigten Preisen sorgt, um eine ausreichende Versorgung der Zeitungen mit Druckpapier zu ermöglichen.

Das Loch im Postetat.

Neue Posttarife — Vereinfachung des Betriebes.

Der Reichsrat stimmte am Dienstag den vom Reichspost-beirat beschlossenen Erhöhungen der Posttarife zu. Danach wird u. a. ab 1. Oktober der einfache Fernbrief 6 M., die Postkarte im Fernverkehr 3 M. kosten. Ein 5-Kilogramm-Paket wird in der Rahzone 30 M., in der Fernzone 80 M. an Kosten betragen. Die ursprünglich vorgeschlagene Erhöhung der Zeitungsgebühren ist vom Ministerium selbst zurückgezogen worden. Die Verpodung der Zeitungen hat jedoch ab 1. Januar 1923 der Verleger zu tragen; der Verpackungsanspruch fällt weg. Der Höchstbetrag für Postanweisungen wurde auf 5000 M. erhöht, wofür das Porto 20 M. beträgt. Ein Auslandsbrief bis zum Gewicht von 20 Gramm wird 20 M. kosten. Der Mindestbeitrag für ein Orts-telegramm ist auf 30, für ein Ferntelegramm auf 50 M. festgesetzt. Die Fernspreckgebühren erfahren eine Erhöhung zu den Friedenspreisen von insgesamt 600 Proz.

Reichspostminister Wieser hat nach der Annahme der Vorlage des Wort zu einer Erklärung, die sich vor allem auf die Vereinfachung des Postbetriebes bezog. U. a. betonte er, daß trotz der beschlossenen Erhöhungen wahrscheinlich noch ein Fehlbetrag von 15 bis 20 Milliarden im Haushalt der Post bestehen bleibt. Die Leistungen der Post für das Zeitungswesen ständen in gar keinem Verhältnis zu der Vergütung. Wenn er aber trotzdem auf die Erhöhung der Zeitungsgebühren verzichtet habe, so deshalb, weil er es für unmöglich erachte, die in Rot befindliche Presse mit erhöhten Gebühren zu belasten. Der Personalbestand

sei inzwischen langsam und mit großen Schwierigkeiten verringert worden. Ueberzähliges Personal soll auch in Zukunft noch an andere Verwaltungen abgegeben werden, wobei vor allem Dingen die 16 000 bis 17 000 Beamte in Frage kommen, die aus den abgetretenen Gebieten übernommen werden sind. Die Vereinfachung soll unter Mitwirkung der Beamenschaft und des zu diesem Zwecke eingesetzten Reichstagsausschusses vor sich gehen.

Sozialpolitische Gesetzesvorlagen.

Der Entwurf eines Gesetzes über uneheliche Kinder und die Annahme an Kindesstatt, der vor kurzem noch einmal umgearbeitet wurde, ist den Landesregierungen überfandt worden. Die Justizminister der Länder werden nun zusammen mit dem Reichsjustizminister noch vor Schluß der Reichstagsferien in einer Konferenz den Entwurf besprechen. Die endgültige Fassung des Entwurfs wird zu Beginn der Reichstagsstungen dem Reichstag zugehen.

Die Verhandlungen zur Regelung der Abfindung der Reichsbeamtinnen, die aus Anlaß ihrer Verheiratung aus dem Dienst scheiden, brachen in der Aussprache zwischen dem Reichsinnenministerium und den Organisationen der Reichsbeamtinnen eine Reihe von Anregungen, die zuerst verarbeitet werden mußten. Danach erfolgten noch Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium über die Restenfrage. Die umgearbeiteten Vorschläge gehen nun an die Organisationen. Die Verhandlungen kommen noch vor dem Zusammentritt des Reichstages zum Abschluß.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages trat am Dienstag zur Beratung der von der Regierung in Vorschlag gebrachten erhöhten Zulagen in der Unfallversicherung zusammen. Die Regierung hatte eine Neuordnung vorgelegt, die mit der fortgeschrittenen Geldentwertung der letzten Zeit begründet wird. Im allgemeinen ist eine Verdoppelung der bisherigen Gesamtbezüge der Zulageberechtigten vorgesehen. Nur bei Verletzten, die eine oder mehrere Renten beziehen, deren Hundertsätze zusammen die Zahl 50 nicht erreichen, soll eine Verdoppelung der Bezüge nicht vorgenommen werden. Nach den letzten Feststellungen der Regierung erhalten zurzeit im Reich nur 15 000 Erwerbslose Unterstützung; von ihnen entfallen etwa die Hälfte auf drei große Städte. — Abg. Genosse Hoch beantragte, daß auch für die leichter Verletzten eine Verdoppelung der Zulagen eintreten soll. In der Abstimmung wurde dem Regierungsentwurf und dem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt.

Weiter befaßte sich der Ausschuss mit der Versicherungs-grenze der Krankenversicherung für die Angestellten. Der Reichsrat hat bekanntlich gegen die Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 300 000 M. Einspruch erhoben, sich jedoch bereit erklärt, eine Erhöhung der Jahreseinkommensgrenze auf 200 000 M. zuzustimmen. Abg. Genosse Aufhäuser begründete in der Diskussion nochmals die Notwendigkeit, die Jahreseinkommensgrenze auf 300 000 M. festzusetzen. Trotzdem stimmte die Mehrheit des Ausschusses gegen die beiden sozialistischen Fraktionen einer Festsetzung der Grenze auf 200 000 M. zu.

Die Wahlen zum Einigungsparteitag.

Vom Parteivorstand wird dem Soz. V. D. geschrieben: Die Delegationen zum Einigungsparteitag in Nürnberg werden von den beiden Parteilagen in Augsburg und Gera gewählt. Nach den Vereinbarungen beider Parteivorstände soll die Delegation für jede der Parteien bis zu 100 Personen betragen, einschließlich der Vertreter der Parteiverfassungen.

Die Parlamentsmitglieder Ammon und Ahn-Davies sind von der englischen Arbeitspartei zum Augsburger Parteitag delegiert worden.

Die Wohnungskommission des Parteitages erläßt diejenigen Genossen, die an der Konferenz der Geschäftsführer in Augsburg teilnehmen und Quartier benötigen, sich bis spätestens Sonnabend, den 16. September, an den Genossen Clemens Högg, Augsburg, Mittleres Kreuz 3, 280, zu wenden.

Lüneburger Heide.

Von Artur Seiler.

Hochbahn. Kauscherabteil zweiter Klasse. Kälter, erster Tabakstruch, gemischt mit dem Durcheinander von Vorjahren. Jede Station steht einen neuen Trupp herein: knisternde Seide, glatte Gefächter, spitze Schuhe, fremde Sprachen, fette Radenwülste, fleischige Nasen, rote Augen, viel Schminke.

Endlich draußen. Bessere Luft. Nüchternes Abendlicht, die Zeitungsblätter, Hupengebrüll. In den Läden, vom vornehmsten Licht der Pflaster überquert, märchenhaft unerreichbare Dinge aus Leder, Tuch, Seide und Gold. Verlogene läche Müll zittert aus den Scheiben der Kaffeehäuser. „Sonja, Sonja, deine schwarzen Haare...“ Brer!

Der Zug gleitet vorsichtig aus der Halle, tastet sich zwischen schwarzen Konturen hindurch, wird freier, von unten klopfen die Schienen kneller.

Es ist unangenehm, dritter Klasse zu fahren. In der vierten sitzt schlichtes armes Volk, in der zweiten ist wenigstens Schweigen und Abstand beliebt — das Abteil dritter Klasse jedoch, in dem kein Bardentreibender politische Weisheit im Lokal-Anzeiger-Stil verzapft, in dem kein niedriger Mittelständler über „die Jugend von heute“ herzieht, in dem keine doppelzüngigen Kantantenfrauen Familienquart zertrüben, dies Abteil gibt es nicht. „Wenn man bedeckt, früher...“ Die halbe Nation ist Friedhof auf Urlaub, man soll sich darüber nicht ärgern und sich ein Ende von abhalten.

Schlendern durch den Zug bis dahin, wo die verschlossene Tür des Schlafwagens Achtung vor dem wohlverdienten Schlaf der Begüterten gebietet.

Schlaf ruhig, mein Kind, bis die Nacht vergeht. Wir wissen, wer wir sind, und wie der Dollarturs steht.

Trauen huldigt die finstere Erde, der Mond kugelt über die Wälder. Ein Gegenzug schmettert vorbei, sprühendes Leuchten, Spiegelung zweier Meteore ineinander... verfluchte Jagd... vorbei! Oder Nachtschneeflocken. Schlafkammernde Kinderchen, die eine Bank suchen. Eine angebrodene Kommandierstimme. Schleppe die Bierausgabe. Ferner Lokomotivbrum, anlaufende Glühlichter, Färensalogen. Gefurchte Bauerngesichter, norddeutscher Sprachklang. Sie sprechen von Werden und Rügen, ihr Rauchstrahl ist mit Wolkenwetter verflocht. Lange Bauen im Gespräch, diese Leute haben noch Zeit und regen sich nicht auf. Kunststück, wenn man noch so herrliche Sachen wie Käse (Milch, Butter) besitzt. Ich gönne es ihnen, aber mir würde ich es auch gönnen und die Stadt gern dafür hingeben, diese Etiefmutter, die immer schamloser ihre unge-rechte Seele enthillt.

Das Bögelschen rollt durch den Heideband. Blanker Schimmern hier die Sterne. Die Erde dunkelt und raunt, der Begleiter schweigt, der Gaul wirft sich im Trab und wiehert. Wie gebückte Frauen stehen die Kiefern in der Nacht. Ein Fenster winkt mit tröstlichem Schein. Das Heidegehöft, in eine Senkung geschmiegt, schluckt uns

in sich auf. Niedrige Stube, eine breite Frau mit offenem herzlichen Gesicht. Aepfelduft vom Ofen her, ein reichliches Mahl, Hefenstöße mit Obst, ein paar Worte über das Wetter — „Gute Nacht!“

Ja, so ein Bauerndel! Buntfarbter, proll, ein Hauch von Heu und Lavendel, ja zwischen Stroh und Federn soll einer nicht vom Paradiese träumen! Unten scharrt das Pferd im Stall, der Heidemund singt, die Balken seufzen, der Mond malt Kringel an die Wand, die Ohren rauschen und vergehen, daß noch vor Stunden „Sonja, Sonja, deine schwarzen Haare...“ in sie hineinschlüpfte...

Als streiche eine kühle, liebesolle Hand über die Stirn — so kommt der Morgen. Der helle, klare, klingende Heidemorgen! Der Himmel zart und sanft, darunter das roseneuchende eritagläuhende Land. Die Bettwürme gibt den Körper frei; die Morgenluft spült um die nackten Glieder, weht ins Blut, weht frohen Herzschatz, jubelt ins Hirn, puht die Augen klink und blank — verdammt schön ist das!

Die Stufen ähzen unter dem stürmischen Abstieg, der Wagen schnurrt vor Milch und Habermus wie eine Kugel, der man das Fell kratzt. Der Braune ist längst mit seinem Herrn auf den Buchweizenader gezogen, auch der Hund ist mit den Schnuden draußen, Schweinespess und hartes Brot schlüpfen in den Reinenbeutel — hinaus in die blühende Heide! Am Tümpel hockt eine dicke Kröte und glökt wie ein Clappenmajar, die Kiefern winkeln mit den Büscheln, Birken schmiegen sich gleich tanzenden Edelräuleins im Spätsommerwind und sehe — da ziehen Altwiebersäden!

Erika... Ich habe einmal ein Mädchen gekannt, die hieß Erika und sie war auch so. Braun, schlank, fein und treu. Wenn sie lächelte, ganz gleich, ob es zwischen öligen Maschinen und im grauen Großstadtnachmittag war, sah man blühende Erika, träumende Heide. Nun ist sie schon lange tot und wohl auch vergessen; denn sie war ein unbedeutendes Mädchen, auch mir ist nichts in der Erinnerung als eben ihr Nächeln. Ich hatte sie wohl auch nie im Leben so lebendig vor Augen wie jetzt auf dieser Heide, wo ich sie leibhaftig zwischen den Kräutern wandeln sehe, eine kleine Heidekönigin, die von einem bösen Zauberer in die kalte Stadt verbannt gewesen war und nun erlöst in ihrer ewigen Heimat sich erhebt. Die Sträucher beugen sich vor ihr, wie Ordenritter in roten Mänteln sehen sie aus, sie neigt sich ihnen, daß die wehenden Haare über die Blüten streichen — heil, Königin Erika!

Dummes Zeug. Ein Fuchs steht unbewegt auf der Höhe, den spitzen Kopf auf mich gerichtet. Weggeblasen. Dann marschieren ein Regiment Ameisen den Weg entlang, in musterhafter Ordnung. Ja, die preussische Heide... Eiskeller wird das Baumwerk, fimmern der das Samenlicht, nun ist alles ein roffammendes wogendes Meer, ein leuchtender Farbenspiel, ein heraufschendes Ledem blühender Jahresneige. Zeitlos singt das Blut, trinkt das Auge, demütig legt sich der Mensch an die Erde als das verlorenste ihrer Kinder.

Zurück zur Stadt. Die quält sich, hegt sich ab, schweigt, pölkert, schimpft, regt sich auf, redet, lauft und verkauft... Komische Sache, die Kultur!

Bitte, nicht Jauespede! Die bevorstehende Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ist gewiß ein begrüßenswertes politisches Ereignis. Aber auf sprachlichem Gebiet droht sie uns ein neues Wortungeheuer zu beschicken von der Art jener, die unsere gute deutsche Sprache allmählich zu einem hottentottischen Kauderwelsch verwandeln. Wenn heute einer unserer lieben Ailen aus dem Grabe aufstände und wir ihm erzählten, wie sich von der SPD, die USA, von dieser die APD, abspaltete und von dieser wieder die KPD, wie sich der linke Flügel der USA, mit der APD, zur KPD, vereinigte, aus der sich dann wieder die KPD, abspaltete, er würde kein Wort von alledem verstehen. Und wenn wir hinzusetzten, wie sich ADGB, IFA, Suab, AML und SO, zu diesen Gruppierungen gestellt hätten, so würde er daraus nicht klüger werden.

Soll jetzt die Geschichte der Arbeiterbewegung um eine WPD, (sprich: Fauspede!) bereichert werden? Nein, der Himmel behüte uns vor diesem fäulenden Sprachungeheuer! Möge niemals in den Straßen Berlins der Ruf ertönen: „Es lebe die Jauespede!“ Kann nicht der Nürnberger Einigungstag diesen gräßlichen Unfug verbieten? Desto freudiger wollen wir dann ausrufen: „Es lebe die wiedervereinigte, die alte Deutsche Sozialdemokratie!“

Wasserverbrauch und Warmwasserversorgung. Zivilingenieur E. Prinz stellt im „Gesundheits-Ingenieur“ fest, daß in Groß-Berlin der Wasserverbrauch in den einzelnen Stadtteilen starke Unterschiede aufweist. Je nachdem die Häuser in bezug auf Warmwasserversorgung neuzeitlich eingerichtet sind oder nicht. Die Wasserwerke Charlottenburg und Schöneberg zeigen beispielsweise einen jährlichen Wasserverbrauch pro Kopf von 141 bzw. 121 Liter gegen 94 Liter der südlichen Wasserwerke von Berlin. Das hängt damit zusammen, daß in den Wohnungen jener Gegenden des Westens der sogenannte „vollständige, moderne Komfort“ größer ist; d. h. daß die Zentralwarmwasserversorgung zu einer erheblichen und ganz bedenklichen Steigerung des Wasserverbrauchs verleitet hat. Häuser mit zentraler Warmwasserversorgung verbrauchen etwa 160 Proz. mehr an Wasser als Häuser, die diese Einrichtung nicht haben. Die Ursache des auffallenden Unterschiedes ist darin zu suchen, daß das Warmwasser der zentralen Versorgungsanlagen dem Verbraucher ohne jede Einschränkung zur Verfügung steht und mißbraucht wird. Der Verfasser stimmt mit dem vor kurzem verstorbenen Mediziner C. S. Schleich darin überein, daß das tägliche Bad, das diesen verschwenderischen Wasserverbrauch mit verursacht, vom hygienischen Standpunkt aus, nicht nur überflüssig, sondern sogar gesundheitschädlich sei, weil es Herzkrankheiten geradezu züchtet. Professor Schleich empfiehlt dagegen die tägliche Dusche und die kalten Güsse, deren anregende Wirkung auf die Herzmuskeln viel wertvoller sei, als das tägliche heiße Bad. Neben dem übertriebenen Badebedürfnis, das in unfernen „besseren“ Kreisen aus dem Reinigungsverlehen zu einem überflüssigen Genußmittel geworden ist, zeigt sich die Verschwendung des Warmwasserverbrauchs auch in besonderer Beziehung in vielen Haushaltungen und Krankenhäusern, wo es üblich geworden ist, den Abwaschschüssel offen zu halten, um das Warmwasser ständig über Koch- und Gefäßschirre laufen zu lassen. Der Wasserschiff, der auf diese Weise zum Spülwasser wird, verschlingt etwa das Fehnd- bis Zwanzigfache der Wassermenge, die beim richtigen Abwaschen nötig wäre. Ganz fehlerhaft ist der vielfach eingeriffene Brauch, das lauwarme Warm-

Die Teuerungsaktion der Stadt.

In der Stadtverordnetenversammlung kam gestern die große Teuerungsdebatte zu vorläufigem Ende. Zwischen den Rednern der Linken und der Rechten wurde mit besonderer Heftigkeit um die Frage der Preisgestaltung und des Händlergewinnes gestritten. Die weitere Prüfung der vom Magistrat beabsichtigten Maßnahmen und der Anträge der Fraktionen wird im Ausschuss vorgenommen.

Die gestrige außerordentliche Stadtverordnetenversammlung begann wegen der Reichlichkeit des vorliegenden Arbeitspensums schon um 4 Uhr. Sie wurde vom Vorsteher Dr. Caspari eröffnet mit der Mitteilung, daß bereits eine Dringlichkeitsvorlage betreffend die

neue Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises eingegangen ist. Den Preis der Einzelfahrt glaubt der Magistrat von 8 M. auf 12 M. erhöhen zu müssen. Gegen die Absicht des Vorstehers, diese den Stadtverordneten eben erst bekanntgegebene Vorlage schon in der nächsten Sitzung am Donnerstag zur Beratung zu stellen, erhob Dr. Wehl (U. Soz.) Widerspruch. Am Donnerstag wird daher zunächst über die Frage der Dringlichkeit abgestimmt werden.

Die in der vorigen Sitzung abgebrochene Teuerungsdebatte

wurde fortgesetzt. Zu dem Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, betreffend die ausreichende Sicherstellung der notwendigsten Lebensmittel, erklärte Merzen (Dem.), für seine Freunde sei unannehmbar der Teil des Antrages, der gegen die von den Landwirten geforderte nachträgliche Erhöhung der Getreidepreise sich wendet. Die vom Magistrat in Aussicht genommenen Maßnahmen, über die in der vorigen Sitzung der Oberbürgermeister berichtete, und zu deren Durchführung eine Dringlichkeitsvorlage jetzt 208 Millionen fordert, seien zu billig. Der Redner erörterte die Frage des Preiswuchers und bekämpfte die Forderung, den Verkaufspreis nach den Herstellungskosten zu berechnen, wobei der Kaufmann unter Verlust seines Betriebskapitals „schon arm verkaufen“ würde. Eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft sei unmöglich, weil die Bevölkerung sich nicht mehr gefallen lassen würde und die Organe zur Überwachung fehlten, so daß es, wie in der Kriegszeit, zu den schlimmsten Schieberereien kommen müßte.

Müller-Franken (Wirtschaftspartei) sieht die Teuerungsfrage als eine „Frage der Produktion“ an. Er warf den Arbeitern vor, daß zu wenig gearbeitet und zuviel Lohn gefordert werde. (Erregte Zurufe links.) Für die Händler forderte er selbstverständlich Freiheit, den Wiederbeschaffungspreis in den Verkaufspreis einlegen zu dürfen. Die Wuchergerichte bezog er als Klassenorgane. (Lärm bei der Linken.)

Genosse Patsch (Soz.) wies es als Unfug zurück, alle Not dieser Zeit immer wieder daraus erklären zu wollen, daß „nicht genug gearbeitet“ werde. Das im „Vorwärts“ bereits gekennzeichnete Vorgehen der Organisation deutscher Kolonialwarenhändler, die oft zur Verletzung der Vorschriften über die Preisbemessung aufgefordert habe, sei für die Verbraucher unerträglich. Arbeiter, Angestellte und Beamte seien nicht in der Lage, die verlangten Wucherpreise zu zahlen, weil sie mit ihrem Einkommen weit dahinter zurückbleiben. Die Erfüllung des Wunsches, den

„Wiederbeschaffungspreis“

zur Grundlage der Preisberechnung machen zu dürfen, würde wucherischen Händlern die Möglichkeit schaffen, auch ältere Ware trotz billigen Einkaufspreises zu höchsten Preisen zu verkaufen. Wo sind denn die Arbeiter, die Angestellten usw., deren Einkommen so geringfügig wäre, daß sie bei solchen Preissteigerungen mithalten könnten? Hätten die Arbeiter die Konjunktur ausgenutzt, dann hätten auch sie für ihre Lohnforderungen den Dollarstand zum Maßstab genommen. 50 M., 60 M. werden jetzt am Pfund Butter verdient, sogar von dem Handel, den man ehrlich nennt! Was mag dann von denen verdient werden, die ihre zurückgehaltene Ware zum „Wiederbeschaffungspreis“ verkaufen! Die Bevölkerung versteht es nicht, daß der Kaufmann nicht mit ihr mithalten an die Not der Zeit denkt. Wir können nicht zulassen, daß ihm mehr als die Herstellungskosten und ein angemessener Zuschlag bewilligt wird. Zwangswirt-

schaft wollen auch wir Sozialdemokraten nicht, wenn nicht die Not sie erzwingt. Wollen aber die Händler nicht hören, so wird zu Zwangsmaßnahmen geschritten werden müssen.

Schmidt (Z.) begrüßte die Maßnahmen des Magistrats. Dr. Wehl (U. Soz.) wandte sich im Schlußwort gegen die Absicht des Magistrats, die von ihm zur Verfügung zu stellenden Mittel unter anderem auch durch die Erhöhung des Gaspreises zu beschaffen. Dabei sei immer noch nicht die Forderung erfüllt, den Rinderbemetallern bei der Gaspreisbemessung eine Ermäßigung zu gewähren. Er hob hervor, daß

unter der Herrschaft des freien Handels,

von dem man uns billige Preise versprach, diese furchtbare Teuerung über uns hereingebrochen ist. Durch Ankauf von Lebensmitteln könne die Stadt den Zwischenhandel ausschalten und preislegend wirken. Ein Skandal sei es, daß an der Spitze der Ernährungsdeputation der Stadt ein deutschnationaler Stadtrat steht, ein Mitglied derseligen Partei, die das Recht und die Interessen der Verbraucher mit Füßen tritt. Eine Besserung der jetzigen Zustände habe man nur zu erwarten, wenn die Kreise, die darunter leiden, sich fest zusammenschließen und nicht länger einander zerfleischen.

Nach den Schlußworten von Dr. Klinkhard (D. Sp.), von Dör (Komm.), der den Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen für belanglos und nur die Vorschläge der Kommunisten für durchgreifend erklärte, und von Dr. van der Borcht (Dnat.), der die Händler und den deutschnationalen Ernährungsdeputierten Stadtrat Dr. Richter in Schutz nahm, wurde die Vorlage des Magistrats samt allen Anträgen der verschiedenen Fraktionen zur Ausschussberatung überwiesen.

Die vom Magistrat vorgelegten Richtlinien für das Zusammenarbeiten von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bei Tarifvertragsverhandlungen wurden unter Ablehnung von Änderungsanträgen angenommen. — Zu einer Anfrage der Kommunisten wegen des Planes einer Verlegung der Stadtbücherei aus dem Karstall erklärte der Magistratsvorsteher, der Tausch mit dem Räumen der Darmstädter Bank am Schinkelplatz sei durchaus vorteilhaft. Ein Antrag der Unabhängigen auf Belassung der Stadtbücherei im Karstall wurde abgelehnt. — Angenommen wurde ein von den Fraktionen der Linken und der Rechten gemeinsam eingebrachter Dringlichkeitsantrag, bei der Pensionsfestsetzung der Privatlehrer auch die Altpensionäre mit entsprechender Erhöhung zu berücksichtigen. — Einer neuen Erhöhung der Bäderpreise wurde zugestimmt.

Der teure Schuljunge.

Die Tatsache, daß Kinder viel Geld kosten, ist noch nie eine Weisheit gewesen. Daß sie heute fast ebensoviel kosten, als ein Erwachsener zum Leben braucht, ist eine Tatsache, die kinderreiche Familien an den Rand des Elends führt. Soviel Freude man an seinen Kindern haben mag, sobald sie, besonders die Jungen (die Mädchen sollen ja etwas weniger an Kleidung gebrauchen), mit zerissenen Schuhen und Hosen erscheinen, da wird die Freude zum Kummer. Kleine Reparaturen wollen die Schuhmacher überhaupt nicht mehr ausführen, es lohnt das gar nicht, und zu großen fehlt es an Geld.

Und dann die kleinen Wünsche: der süße Kaffee oder die Sehnsucht nach einem Apfel oder einem Bonbon, alles das muß sich die Jugend von heute verkneifen. Wer das Glück hat, schulpflichtige Kinder sein eigen zu nennen, der weiß mehr davon zu singen und zu sagen, was Kinder heute kosten. Federn, Bleistifte, Federhalter, Schreibhefte, Bücher, Mappen, alles das, was früher ohne merkliche Belastung des Haushaltungsetats mit Leichtigkeit angeschafft werden konnte, alles das kostet heute Summen, die für einen nicht gerade mit Glücksgütern und Bankdirektoreneinkommen Segneten sehr ins Gewicht fallen. Wenn man für Schulmappen gegen tausend Mark zahlen muß, die vor dem Kriege mit 5 M. zu haben waren, wenn ein Schreibheft, von dem einst das Dutzend zu einer Mark gekauft werden konnte, heute über 17 M. kostet (ich habe mir sogar sagen lassen, daß vierfach 25 M. und darüber für ein Schreibheft bezahlt werden müssen, wenn eine einzige Feder heute 2 M., ein

Bleistift 10 M., so sind das Zustände, die dringend einer Abänderung bedürfen. Der Staat ist bei der heutigen Finanzlage nicht imstande, die für den Schulbetrieb unbedingt erforderlichen Materialien den Schülern zu liefern, von den Eltern aber sind nur wenige in der Lage, die Anschaffungskosten aufzubringen, zumal es sich um Dinge handelt, die dauernd abgenutzt und immer wieder neu angeschafft werden müssen. Und wenn sie dann noch das aufbringen, was erforderlich ist, damit das Kind nicht ohne Hemd, ohne Schuhe und ohne Oberbekleidung herumläuft, dann bleibt für das Uebrige doch nichts mehr übrig.

Unter diesen Umständen muß ein geregelter Schulbetrieb auf die Dauer leiden. Es ist wirklich notwendig, daß sich die Verantwortlichkeit dieser Dinge annimmt, und daß hier etwas geschieht, um den Familien die furchtbaren Lasten, unter deren Gewicht sie zusammenzubrechen drohen, nach Möglichkeit zu erleichtern.

Der König der Sahara.

Mit dem Kopf durch die Fensterscheibe.

Eine Großstadtdiagnose schlimmster Art wurde von der Kriminalpolizei wieder unschädlich gemacht. Es handelt sich um einen gemeinbärtigen Verbrecher Hermann Stahl, der schon wiederholt die Strafbehörden beschäftigte und der als gewalttätiger Mensch bekannt ist.

Stahl, der den Spitznamen „Bede“ führt, spielt, wenn er verhaftet wird, immer den wilden Mann. Zuletzt wollte er bei der Gerichtsverhandlung der „König der Sahara“ sein, und er mußte zur Beobachtung seines Geisteszustandes einer Anstalt überwiesen werden, aus der er später dann entwich. Er kam wieder nach Berlin, und hier lernte er eine gewisse Frieda Müller kennen, die er durch Drohungen und Schläge dazu zwang, für ihn auf die Straße zu gehen. In einem Keller in der Auguststraße mußte sie dann jeden Morgen ihr Geld abliefern. Da sie ihm nicht genug verdiente, mißhandelte er sie durch Faustschläge und Fußtritte so schwer, daß sie nach dem Bichow-Krankenhaus gebracht werden mußte, wo sie bald nach der Einlieferung verstarb. Zwischen durch hatte Stahl noch eine ganze Reihe anderer Verbrechen ausgeführt. Als er bei einem Großkaufmann nicht die erhoffte Beute fand, begab er sich mit einem gewissen Rämme ganz dreist in die Wohnung des Bestohlenen und erklärte ihm, daß er wisse, wo sich sein gestohlenen Gut befindet und er es ihm wiederbeschaffen könne. Im Laufe des Gesprächs zog er dann plötzlich einen Revolver, setzte diesen dem Bestohlenen auf die Brust und erprekte sich so eine größere Geldsumme. Als ihm endlich der Boden in Berlin zu heiß geworden war, und da er nun auch wegen des Totschlags gesucht wurde, verließ er Berlin und verlegte sein Tätigkeitsfeld nach Hamburg. Von dort war er vor wenigen Tagen wieder nach Berlin zurückgekommen. Kriminalwachmeister Dettmann, der sich auf einer Streife in verschiedenen Lokalen der Friedrichstadt befand, sah plötzlich den ihm bekannten Stahl, der gern den Lebamann spielte, in der „Augustdiele“ sitzen. Aber auch Stahl erkannte den Beamten und ging, als er ihn sah, sofort auf diesen los. Der Beamte überwältigte jedoch den Verbrecher und wollte ihn abführen. Auf der Straße versuchte sich dieser gewaltsam loszureißen. Als ihm auch das nicht gelang, spielte er sofort wieder den wilden Mann. Er schlug mit großer Gewalt mit seinem Kopf gegen die Fensterscheibe eines Kolonialwarengeschäftes, so daß diese in Trümmer ging. Erst nach Alarmierung des Heberfallkommandos gelang es, den gewalttätigen Verbrecher zur Polizeiwache zu bringen.

Das Diebesgut des Oberpostassistenten.

Bei dem Paketpostamt in Köpenick kamen seit dem Jahre 1918 zahlreiche Lebensmittelpakete und andere Sendungen fort, ohne daß man den Dieb ermitteln konnte. Eine eingerichtete Kontrolle hatte lange Zeit keinen Erfolg, bis eines Nachts ein Zufall den Täter verteilte.

Der Oberpostassistent Gustav Großmann, der gleichzeitig Hausverwalter des Postamts war, wurde nämlich eines Nachts um 1/2 Uhr dabei beobachtet, als er einen Sack aus der Postkammer herausholte und in seine Wohnung schaffte. Dieser merkwürdige Vorgang veranlaßte die Behörde zu einer Hausdurchsuchung bei G., und man fand nun den Inhalt zahlreicher abhandelter gekommener Sendungen. Aus allen Branchen hatte Großmann Waren in seiner Wohnung, und der Umfang der Diebereien ließ sich gar nicht mehr feststellen, da schon vieles davon verkauft bzw. gestohlene Lebensmittel aufgegessen worden waren. Der Wert der noch ermittelten

Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Der Lärm verebbt. Willige Hände ziehen die steifen Segel ein, die Rahen werden viertant gebracht, die Boote bemant, niedergelegt, und, den Harpunierern im Achter, das scharfgebaute Walfischjägerboot mit einem langen Ruder steuernd, den Kapitän auf der Achterbank und sechs kräftigen Männern an den Rudern, schleichen die leichten Fahrzeuge dem Lande zu — dorthin, wohin die Kajaks schon gefeuert sind, wo die Frauenboote liegen und Nuwus Bevölkerung versammelt ist.

Es geht lebhaft zu hier auf dem nördlichsten Handelsplatz der Welt, wo sich die Vorposten der Zivilisation mit der Urbevölkerung begegnen; aber der Tag ist der Freundschaft und nicht dem Geschäft geweiht — man geht umher und begrüßt alte Bekannte.

Wettergebräunte, breitschultrige Seemannsleute mit langem Haar und Bart gehen umher und sehen sich um. Sie nicken allen Eingeborenen, die sie treffen zu, reden ein oder zwei Worte mit den Männern und kigeln die Frauen neugierig unter dem Kinn, sie stecken ihre Köpfe ungeniert in die Zelte und werfen sich ohne weiteres im Kreise der Eskimos nieder, wo sie ganz offenkundig die nur allzu willigen Eskimomädchen herzen — was tut das? Es ist ja nur das Recht des weißen Mannes im Verkehr mit den Eingeborenen.

Es geht lebhaft zu an Land; das Wunderwasser der Weichen fängt allmählich an seine Wirkung zu tun. Es wird fleißig von den Fremden eingeschmeckt und ihre Gabe wird sowohl von den Eskimomännern wie den Frauen begehrlich entgegengenommen, selbst die Kinder bekommen etwas ab. Lange dauert es nicht, bis man jede Rücksicht beiseite wirft, und Orgien werden in der hellen Polarnacht gefeiert.

Man schlägt, man zankt sich, längst vergangene Streitigkeiten werden wieder ausgegraben. Ein rasender Eskimo läuft mit blutunterlaufenen Augen hin und her — mit dem Speer in der Hand jagt er einem Manne nach, der im täglichen Leben sein Kamerad ist, ihn aber einmal vor langer, langer Zeit gekränkt hat. Sie treffen sich, der Speer saust durch die Luft — ja, es ist gefährlich in Nuwut, wenn der Branntwein seinen Einzug gehalten hat — er führt Blut mit sich.

Die weißen Seeleute schlagen sich untereinander oder mit den Eskimos — mit gekränkten Männern, deren Frauen zu willig gewesen waren oder den Geschenken der Weichen nicht hatten widerstehen können. Die Hölle ist ausgebrochen in dem friedlichen Nuwut — die Eingeborenen sind verwandelt; aber endlich erstirbt der Lärm, Männer und Frauen liegen vom Branntwein betäubt auf der weichen Moosdecke ausgestreckt, schlafen schwer und unruhig — den Schlaf der Trunkenen. Und draußen auf den Schiffen, die ruhig vor Anker liegen, tönt heiseres Geschrei, ein Schuß hier und da. — Es ist alter Brauch, die Ankunft in Nuwut mit Müßiggang und Saufen zu feiern. Vierundzwanzig Stunden lang läßt die eiserne Walfischjägerdisziplin nach, und den Tag darauf gleiten ein oder auch zwei längliche Bündel aus Segeltuch in das Meer, während auf allen Schiffen die Fahnen auf Halbmast wehen und die Rahen herunterhängen — der Branntwein hat unter der zusammengewürfelten Besatzung der Walfischjägerflotte seine Opfer gefordert.

Aber kaum ist das letzte Aufklatschen verklungen, so schleichen die Fahnen in die Höhe — „So, auf Leute, bräht die Rahen viertant! Das Fest ist vorbei, die Placerei fängt wieder an.“

Eine Woche lang liegt die Walfischjägerflotte bei Nuwut, und an Land wird gehandelt. Boot auf Boot rudert von den Schiffen nach dem Strande, wo bereitwillige Hände große Stoffbündel, kostbare Mohlsäcke, Waffen, Perlen, Spiegel und viele viele andere Dinge an Land tragen, hin zu den Kapitänen, die jeder, unter Beistand eines Steuermannes, mit einem halben Hundert Eingeborener handeln und feilschen.

Sie haben eine langsame Art zu handeln; denn jeder gibt seine Meinung zum besten, selbst wenn er gar nicht an dem Handel beteiligt ist; aber es geht doch allmählich, und die Boote rudern zu den Schiffen zurück, gefüllt bis zum Rande mit Warten, Tran und Fellbündeln.

Fern von den anderen liegt Sachawachial, allein; nur Igluruk ist bei ihm und dann ein halbes Dutzend Weiber. Er handelt auch, aber mit mehr Verstand. Seine Stirn ist gerunzelt, er schwigt bei der ungemohnten Arbeit — zu denken, doch es ist notwendig, denn er hat weitaus die meisten Warten und Felle und muß mit Vernunft handeln. Er muß ein halbes Hundert Männer im nächsten Jahre unterhalten, er muß Waren kaufen, die er mit den Eingeborenen tauschen kann, wenn die Walfischjäger fort sind — da heißt es, nichts

zu vergessen. Wenn die Schiffe Nuwut verlassen haben, dauert es wieder ein Jahr, bis man die Herrlichkeiten des weißen Mannes bekommen kann.

Bund auf Bund von Warten und Fellen geht durch die Hände, während sich hinter Sachawachial Mehl und Zucker, Schiffszwiebeln, Stoff, Messer, Sägen, Waffen, schreiend bunte Perlen und Spiegel häufen, ja, selbst eine Harmonika ist bei dem Haufen, der alles enthält, was für einen Eskimo begehrenswert ist. Und jedesmal, wenn der Handel beendet zu sein scheint, kommen mehr Felle, mehr Warten herauf, bis Sachawachial endlich seine Borräte erschöpft hat. Darauf erhebt er sich, nickt den versammelten Seeleuten zu und geht, gefolgt von Igluruk, in sein Zelt — der Handel ist beendet. Zurück auf dem Strande bleiben die zehn Kapitäne mit ihren Steuermännern — sie sehen sich an, stumm — dann erhebt sich einer von ihnen langsam, streckt seine Glieder — ein Satanskerl, dieser Sachawachial, denn jedes Jahr wird es schwieriger, mit ihm zu handeln — was für eine Menge Warten er besitzt, es hat eigentlich keinen Sinn, daß ein Eingeborener so viel verdient!

Alle sind müde, erschöpft von dem vielen Handeln, Trinken und Bummeln und ganz froh darüber, daß es nichts mehr zu handeln gibt. Morgen geht die Flotte auf Walfischfang bis an das Packeis, das man in guten Sommern gerade am Horizont wahrnehmen kann; aber vorher ist Schmaus an Bord, die ganze Bevölkerung Nuwuts ist zum Fest auf die Schiffe geladen, Männer wie Frauen, besonders die Frauen.

Da wird gezecht an Bord, die ganze Nacht lang. Familien werden voneinander getrennt, Männer können ihre Frauen nicht finden, Mütter nicht ihre Kinder; es ertönt Schreien und Heulen an Bord, die Vorposten der Zivilisation lehren die Eingeborenen Sitte und Brauch des weißen Mannes. In Kajüten und Logis werden wilde Orgien gefeiert — Seeleute sind schlimm, Walfischjäger sind schlimmer, der schlimmste Abhub, fast sämtlich arme, gepreßte Leute, die eines schönen Morgens in einem dumpfen Walfischjägerlogis mit bohrendem Kopfschmerz erwachen — zu einem Leben erwachen, so hart, so roh und brutal, daß viele über Bord springen, bevor die Fahrt zu Ende ist. Sie sind schon so lange tyrannisiert worden, daß sie sich freuen, andere tyrannisieren zu können — sie zwingen die widerstrebenden Frauen, ihnen zu Willen zu sein und schlagen die sich dagegen wehrenden Männer zu Boden.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Die Spekulation in Bekleidungsrohstoffen.

Wenn auf irgendeinem Gebiet, so lassen sich auf den Märkten der Textilrohstoffe die Fäden der Spekulation deutlich bloßlegen. Daß die Kursveränderungen der Devisen auch dieses Marktgebiet beeinflussen, ist eine Selbstverständlichkeit. Man sollte meinen, daß der Weltmarktpreis für Baumwolle deshalb, weil Deutschland und Osteuropa wegen des Devisenstandes nicht in Frage kommt, die Nachfrage also sehr verringert ist, eine Abwärtsbewegung erfahren würde. Die Spekulation, die Interesse hatte, dies zu verhindern, benutzte für ihre Zwecke die Erntennachrichten. Zwar war es nicht zu vermeiden, daß die Nachrichten über das Wachstum der Baumwollpflanzungen als überaus günstig bezeichnet wurden, aber der Rüffel, der in den Baumwollstäuben haust, sollte ungeheuren Schaden angerichtet haben. Vorübergehend trat eine Abwärtsbewegung der Preise ein, als gemeldet wurde, daß Texas und Oklahoma, zwei Gebiete der Vereinigten Staaten, die von wesentlicher Bedeutung für das Baumwollenerntergebnis sind, Regen bekommen hätten. Sie hatten darüber geklagt, daß allzu große Dürre das Wachstum verhindere. Zuletzt trat eine Befestigung ein unter dem Eindruck von Nachrichten, daß das Ergebnis der Ernte unter der großen Hitze, die in den letzten Tagen aufgetreten sei und die Pflanzen zum Verderben gebracht habe, gelitten habe. Baumwolle, die in Bremen Ende 1913 mit 1,29 M. pro Kilogramm notiert wurde, kostete im Juli d. J. 267,50 M., am 7. August 401 M., am 31. August 1000 M., am 1. September 740 M., am 11. September 804 M.

Am Wollmarkt mußten Nachrichten, daß in diesem Jahre eine außergewöhnliche Knappheit herrschen werde, dazu dienen, den Preis in die Höhe zu treiben. Als das keine Wirkung mehr ausübte, wurde mit der Meinung, daß zum mindesten Mangel an guter Wolle, an Merinos, vorhanden sein werde, die Preisbewegung im Sinne einer Steigerung beeinflusst. Das Geschäft war in den letzten Tagen von sehr geringem Umlauf; es ist die alljährlich übliche Pause in dem Abhalten von Wollauktionen. Für Wolle, deren Bremer Notierung in der Vorkriegszeit Ende 1913 pro Kilogramm 4,10 M. lautete, wurden Juli 1922 410 M. bezahlt; die letzte Notierung am 7. August war 1200 M. Merinowolle stieg am Weltmarkt bei Umrechnung zum Goldkurs von 4,72 M. Ende 1913 auf 8,50 M. Juli 1922 oder, dem Kurswert entsprechend umgerechnet, auf 976 M.

Der Garnmarkt, der fast völlig in englischen Händen liegt, war so gut wie geschäftlos. Das Nachlassen der englischen Nachfrage macht sich sehr stark bemerkbar. Deutschland kommt selbst dann nicht als Käufer in Frage, wenn wesentliche Preisermäßigungen stattfinden, und zwar wegen der hohen Devisenkurse.

Austoben konnte sich die Spekulation am Rohseidenmarkt. Die Spinnerneien haben Aufträge für sehr lange Zeit. Infolgedessen war eine sehr starke Nachfrage nach Rohseide vorhanden. Dieses Moment benutzten besonders in Oberitalien, einem der Hauptgebiete der Seidenraupenzucht, alle möglichen Leute, Bauern, Bäcker, Gemüsehändler, um als Käufer für Rohseide aufzutreten. Die wirklichen Verbraucher, die schon im März-April zu billigen Preisen Kokons abgeschlossen hatten, wurden nicht belästigt. Zu ihrer Entschädigung führten die Seidenraupenzüchter an, daß die Würmer in der Aufzucht gestorben seien. In Wirklichkeit benutzten sie die Nachfrage, um höhere Preise für ihre Ware herauszuschlagen. An den übrigen Rohseidenmärkten, in der Schweiz und in Südfrankreich, liegen die Verhältnisse ähnlich. Rohseide hatte 1913 einen Marktpreis von 42 M. pro Kilogramm, sie kostete Juli 1922 9710 M., notierte in Bremen am 7. August 10 500 M., am 28. August 15 000 M.

Über die Versorgung des deutschen Marktes mit Rohstoffen wird in Fachkreisen folgendermaßen geurteilt:

Die deutschen Textilfabriken sind für längere Zeit mit Rohstoffen versehen. Sie haben sich zu einer Zeit, als der Kurs des Dollars 500 und darunter stand, auch mit Devisen versorgt. Sie scheuen sich natürlich, ihre Waren abzugeben, weil sie heute Rohstoffe auf Grund eines Dollarstandes von 1500 und darüber einkaufen müssen. Denn verwenden sie ihre billig angeschafften Devisen zum Einkauf von Rohstoffen, dann müssen sie heute für dieselben Devisen das Drei- und Vierfache bezahlen. Da sie dann auch eine dementsprechende Kalkulation ihrer Fabrikate vornehmen werden, befürchten sie, keine Abnehmer zu finden; sie wollen infolgedessen keine Rohstoffe kaufen und strecken ihren Bedarf an solchen so lange, wie es ihnen möglich ist. Für die Fertigfabrikate solltieren sie natürlich heute schon auf Grund des heutigen Dollarstandes, obwohl sie ihre Rohstoffe bei einem Dollarstand gekauft haben, der weit unter 1000 liegt. In einzelnen Bezirken haben schon jetzt Betriebsbeschränkungen stattgefunden, weitere sind zu befürchten, wenn keine Besserung am Devisenmarkt eintritt.

Am Marke der Fertigfabrikate herrscht bei dieser Sachlage eine stürmische Haufe, die noch dadurch begünstigt wird, daß gerade auf diesem Gebiete Elemente auftauchen, die nie mit kaufmännischer Tätigkeit etwas zu tun hatten und die alles andere als einen erfreulichen Zuwachs darstellen. Die dadurch vergrößerte Nachfrage begünstigt die Preissteigerung ganz außerordentlich. Es kam außerdem hinzu, daß Waren in großen Mengen zurückgehalten wurden. Viel geschah kann hier dadurch, daß alle beim Prozeß der Warenverteilung überflüssigen Zwischenglieder verschwinden und daß die Warenverteilung weder auf dem normalen Wege, Fabrikant-Großhandel-Retailhandel-Konsument vor sich geht, wo nicht durch die Entwicklung der Genossenschaften eine noch weitergehende Beschränkung der Warenverteilung möglich geworden ist.

Frankreichs Wirtschaftslage.

Sowohl die Produktionsstatistik als die Ziffern des Außenhandels deuten in der letzten Periode auf einen wesentlichen wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs hin. An dem Aufschwung der Produktion hat besonders die wesentliche Steigerung der Eisen- und Stahlherzeugung teil. Mai 1922 hat die Eisenproduktion Frankreichs die Vorkriegserzeugung bereits übertraffen. Zu gleicher Zeit war seine Stahlproduktion beinahe so hoch wie vor dem Kriege. Gegenüber 1921 ist in diesen beiden Produktionszweigen eine Erhöhung um ungefähr ein Drittel zu verzeichnen.

Aus der Außenhandelsstatistik für die ersten sieben Monate 1922 sind einige wichtige Erscheinungen hervorzuheben. Erstens springt die gewaltige Steigerung der Rohstoffeinfuhr gegenüber 1921 ins Auge; gegen 17 Millionen Tonnen in den ersten Monaten 1921, sind 1922 in der entsprechenden Periode 25 Millionen Tonnen eingeführt worden. Besonders hoch war die Mehrzufuhr für Rohstoffe der Seidenindustrie. Die wesentliche Steigerung der Rohstoffeinfuhr ist ein Zeichen aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur. Die Zufuhr Frankreichs in dieser Periode zeigt zwar eine wesentliche Wertverminderung, die jedoch nur auf die Preisrückgänge zurückzuführen ist. Der Menge nach hat auch die Ausfuhr eine Steigerung von 8 Millionen auf beinahe 10 Millionen Tonnen erfahren. Zweitens ist die Tatsache hervorzuheben, daß Englands Anteil an dem französischen Außenhandel in einem ganz unerwarteten Maße gestiegen ist. Im

ersten Halbjahr 1922 war England der beste Abnehmer der französischen Waren unter allen Ländern. Es folgten dann Belgien und die Vereinigten Staaten. Auch hat sich die Einfuhr Frankreichs aus Großbritannien gewaltig erhöht. Bisher standen die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht an dritter Stelle. In der ersten Hälfte 1922 hat jedoch Frankreich aus Großbritannien nicht weniger eingeführt wie aus den Vereinigten Staaten.

Während also zwischen England und Frankreich politische Spannungen vorhanden sind, erhöht sich der Anteil des Warenverkehrs zwischen den beiden Staaten in einer unerwarteten Weise. Dies dürfte auch auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse beider Länder einwirken. — Die dritte auffallende Tatsache in der Ausfuhrstatistik ist der Rückgang der aus Deutschland eingeführten Waren nach ihrem Geldwert. In dieser Periode betrug der Gelddruck der aus Deutschland eingeführten Waren kaum die Hälfte des vorjährigen und die Zufuhr Frank-

Gegen Wucher und Teuerung Massenkundgebung

am Freitag, den 15. September, abends 7 Uhr in folgenden Lokalen:

- Mitte: Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
- Tiergarten: Noabiler Gesellschaftshaus, Wiedest. 24.
- Wedding: Pharusäle, Müllerstr. 142.
- Prenzlauer Berg und Weihenfer: Böhm-Brauerei, Prenzlauer Allee.
- Friedrichshain: Prachtäle des Offens, Frankfurter Allee 48.
- Charlottenburg: Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr. 127.
- Spandau: Kochs Bismarckäle, Feldstr. 51.
- Wilmersdorf: Lokal Rohr, Kaiserallee 51/52.
- Zehlendorf/Wannsee: Kaiserhof, Zehlendorf, Potsdamer Str.
- Schönberg/Friedenau: Hohenzollernschule, Schöneberg, Mark-Luther-Str. 22/23.
- Steglitz: Nyzeum 1, Rothenburger Str.
- Tempelhof/Mariendorf: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße in Tempelhof.
- Neukölln/Reuysberg: Schultheiß-Restaurant, Hasenheide (Wintertergarten).
- Treptow: Wirtshaus Coreley in Niederschöneweide, Berliner Straße 101.
- Röpenitz: Stadttheater.
- Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 38.
- Lichtenberg: Realgymnasium, Parkaue.
- Pankow: Lokal Lindner, Breite Straße.
- Reinickendorf: Strandlosh in Tegel.

Frauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, erhebt in Massen!

Bezirksverband Berlin SPD.
Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.
Gewerkschaftskommission Berlin u. Umgegend.

reichs nach Deutschland ging ebenfalls, wenn auch nicht in so beträchtlichem Maße, im Werte zurück. Beide Erscheinungen sind Folgen der deutschen Geldentwertung.

Während die industrielle Produktion Frankreichs einen großen Aufschwung nahm, ist die Getreideernte in diesem Jahr schlecht ausgefallen. So wird Frankreich etwa 1 1/2—2 Millionen Tonnen Weizen einführen müssen. Da die französische Saluta infolge der unermesslichen Reparationspolitik Frankreichs ständig sinkt und daher die Aufbringung der zum Getreideanlauf nötigen Devisen auf Schwierigkeiten stoßen würde, hat die Regierung die Einfuhrung des Kriegesbrottes — eine hochprozentige Ausmahlung des Getreides angeordnet und zugleich die Ausfuhr verboten. In Amerika und Kanada ist Getreide in Güllen und Fässer, nur die europäischen Staaten, darunter Frankreich, vermögen es nicht zu kaufen. Die französische Politik trägt in erster Linie die Schuld daran.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurztabelle sind noch folgende nach Redaktionschluss eingetroffene amtliche Notierungen nachzutragen: 1 japanischer Yen 719,10 Geld, 790,90 Brief; 1 brasilianischer Milreis 194,75 Geld, 195,25 Brief und 100 Schweizer Francs 28 214,65 Geld, 28 283,35 Brief. — 100 Polenmark gelten im freien Verkehr etwa 22,50 M.

Erlaß über Ziegelpreise. Der Minister für Volkswirtschaft hat an die Regierungspräsidenten folgenden Erlaß herausgegeben: Es mehren sich die Fälle, daß einzelne Verkaufsleute und -händler unbillig hohe Preise für Ziegeleierzeugnisse fordern, die mit den Herstellungskosten nicht in Einklang zu bringen sind. Da eine derartig ungesunde Preisbildung der Förderung des mit öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsbauwesens zuwiderläuft und die Allgemeinheit schädigt, erlaube ich, der Bauoffiziersbildung dauernd besondere Beachtung zu schenken und mir über dort bekanntwerdende übermäßige Forderungen unter Angabe der betreffenden Firmen und Darlegung der besonderen Verhältnisse umgehend zu berichten. Weitere Maßnahmen gegen diese Firmen behalte ich mir vor.

Interessengemeinschaft Münchener Brauereien. Die Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München und die Gabriel und Joseph Sedlmayer, Spaten- und Franziskaner-Leibbrau u. G. München haben einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Die Selbstständigkeit und Rechtspersönlichkeit beider Gesellschaften wird vollständig gewahrt. Doch werden Mitglieder vom Aufsichtsrat und Vorstand ausgeschlossen.

Zunahme der Kohlenförderung auch in West-Oberschlesien. Die Steinkohlenförderung West-Oberschlesiens betrug nach vorläufigen Ermittlungen im August 1922 bei 27 Arbeitstagen 7 650 005 Tonnen gegenüber 684 513 Tonnen bei 29 Arbeitstagen im Vormonat bzw. 974 769 Tonnen bei 26 Arbeitstagen im August 1921. Die Beförderung hat somit im Berichtsmonat um 80 492 Tonnen oder 11,8 Proz. gegenüber dem Vormonat zugenommen. Die arbeitsmäßige Förderung betrug im Berichtsmonat 283 334 Tonnen gegenüber 26 327 Tonnen im Vormonat.

Die russische Zuckerproduktion. Einem Berichte des Zuckertruffs zufolge, welcher die Zuckerindustrie der gesamten Sowjetföderation umfaßt, sind im Jahre 1921 in Rußland nur 50 000 Tonnen Zucker produziert worden, gegen 1 720 000 Tonnen im Jahre 1915 und 90 860 Tonnen im Wirtschaftsjahr 1919/20. Im beginnenden Wirtschaftsjahr sei planmäßig eine Produktion von etwa 130 000 Tonnen vorgesehen, doch werde die in Aussicht stehende gute Rüben-ernte eine Erhöhung der Produktion bis zu 230 000 Tonnen ermöglichen. Um die Transportbeschwerden bei der Zustellung der Rüben zu bewältigen, hat der Trust eine Anzahl Eisenbahnen in eigener Regie repariert. Die Tätigkeit des Trusts wird indessen durch den Mangel an Betriebskapital bedroht. Der Absatz des Zuckers werde durch den hohen Zuckerpreis, welcher gegenwärtig über 4000 Rubel Rußler 1922 pro Tonne betrage, verhindert.

Verbandstag der Eisenbahner.

München, 11. September.

Heute überbrachte Genosse Münner vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dessen Grüße; er hob dabei hervor, daß zwischen beiden Organisationen eine starke Interessengemeinschaft bestehe. Ein Antrag, die (wegen kommunistischer Zellenbauer) ausgeschlossenen Kollegen als Gäste zuzulassen, wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Einige sind jedoch als „Presserepäsentanten“ anwesend. Verbandsvorsitzender Scheffel mußte aus dem erst am letzten Tage im Druck als dieses Buch erschienenen Geschäftsbericht vieles mündlich darlegen. Das letzte Jahr sei das arbeitsreichste seit dem Bestehen der Organisation gewesen. Die Hauptarbeit galt der Anpassung der Befoldungsverhältnisse an die Preissteigerung des Lebensunterhalts. Die Regierung habe sich manchmal kurzfristig gezeigt und die Treibereien anderer Eisenbahnerorganisationen standen im Wege. Aber auch dem, der nur geringe Ahnung von den Wirtschaftsverhältnissen habe, müsse klar sein, daß manche Forderungen ausschweifend waren. Der vorher traffe Unterschied zwischen oberen und unteren Beamten in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung ist zweifellos gemindert. Dennoch hat der untere Beamte nur dürftige Lebenshaltung; freilich muß auch der obere manches Gemohnete entbehren; von ihm muß verlangt werden, daß er sich den Notwendigkeiten anpaßt. Im einzelnen legt der Redner dar, warum die Befoldungsgruppen wie gesehen abgestuft wurden. Ziel muß sein, ein Existenzminimum zu schaffen, das die Lebensmöglichkeit sichert und die Vorkursfreudigkeit wahrt; erreicht ist das Ziel noch nicht. Gegen das Bedingeverfahren hat sich der DGB. gewandt, besonders auch, weil es die Güntlingwirtschaft fördert. Es hat sich auch nicht als wirtschaftlich erwiesen, der Leberdienst schwant je nach Werkstätte von 35 Proz. und 50 bis 60 Proz., und dabei ist in keinem Teil technisch vollkommen eingerichteter Werkstätten die Leistung höher als in minder gut eingerichteten. Offenbar wird nicht einheitlich kalkuliert. Allerdings gibt es Belegstellen, die das Bedingeverfahren nicht mehr missen wollen. Wertvoll wäre, überall die Bedingeverteilung mit den Betriebsverhältnissen zu vereinbaren, damit nicht der Zufall und die Begünstigung, sondern die tatsächliche Leistung entscheide. Gegen die vorhandene Bedingeverteilung spricht, daß dabei viel qualifizierte Kräfte mit Berechnungs- und Verwaltungsarbeiten festgelegt werden. Aufzuhalten ist die Ausbreitung des Bedingeverfahrens nicht. Zur Abschaffung ist geworden, Lohn- und Gehaltsbewegungen im Zusammenhang mit dem DGB. und der AFD zu führen. Erst recht muß das geschehen, sobald

die Streikfrage

in Betracht kommt. Eine ganze Reihe Streiks hat der Vorstand des DGB. verhindert. Als der Reichstaxi verhandelt werden sollte, haben wir jedoch offen erklärt, das bedeute den Streik; der Ernst der Lage wurde schließlich vom Minister erkannt; Verständigung war möglich und gleichzeitig wurden Schiedsstellen für Streikfragen über die Arbeitszeit vereinbart; das war ein Erfolg. So kann es nicht gehen wie mit dem Reichsverband, daß plötzlich ein Streik ausbricht. Einer so ernstlichen Sache muß gewissenhafte Benutzung jeder Verständigungsmöglichkeit und gehörige Vorbereitung vorausgehen. Beim Streik des Reichsverbandes, der in der schwierigsten Lage des Reichs und über die Köpfe der anderen Organisationen hinweg unterkommen wurde, mußte das Ende entweder die Niederlage oder Chaos im Reich sein; das konnte kein Sozialist wollen. Einen solchen unüberlegten Streik mitmachen, hätte allen gewerkschaftlichen Erfahrungen ins Gesicht geschlagen; aber wir riefen die Kollegen zur Herabsetzung von Streikarbeit auf und bemühten uns, das Ende so wenig schmerzhaft als möglich zu machen, speziell zur Vermeidung von Mißregulungen. Nachdem der DGB. zur Arbeitsaufnahme aufrief, bestand für uns der Begriff Streikarbeit nicht mehr, die Reichsgewerkschaft verstand aber nicht, die Wendung zu einem günstigen Rückzug auszunutzen, und leider ließ auch ein Teil der Mitglieder des DGB. taktische Klugheit vermissen. Doch arme Studenten während ihrer Ferienzeit bei der Eisenbahn beschäftigt werden, blüht der DGB.; wir sehen die Werkstudenten gerne, wenden uns aber dagegen, daß aus Studenten, die man zu dem Zwecke vorher auch dort beschäftigt, wo sie gar nichts lernen können, eine Streikgarde herangebildet werde. Schematische Entlassungen kann der DGB. nicht mitmachen, sie führen nur dazu, Arbeiten in die Privatindustrie zu geben, also wird nichts gespart, sondern mehr ausgegeben. Einsparung von Kräften kann nur unter sorgfältiger Prüfung der Betriebsnotwendigkeiten erfolgen. Der Redner legt dann weiter dar, wie der DGB. grundsätzlich der Achtstundentag behauptet, aber mit jedem vernünftigen Menschen zugestehen mußte, daß im Eisenbahndienst Zeiten hoher Dienstbereitschaft vorliegen, die nicht voll als Arbeitszeit gewertet werden dürfen. Eine Vereinbarung hierüber kam zustande. Der DGB. hat dabei sein Verantwortungsgefühl bewiesen.

In der Nachmittags Sitzung sprach nach einer Schilderung des Schlichtungswesens Scheffel die

Generallistekaktion der Anhänger Moskaus.

Durch eine systematisch angelegte Wählerarbeit hat man sich bemüht, dem Vorstand jedes Vertrauen abzugraben und das Grundgesetz der Organisation zu zerpfücken; Ausschüsse waren nötig, aber niemand wird wegen Zugehörigkeit zur AFD. ausgeschlossen, nur wegen Widerhandlung gegen die Verbandsbeschlüsse. Allerdings, wenn die AFD. nicht auf die Zellenbildung verzichtet, so wird sich kaum ein gutes Verhältnis ergeben.

Der Verbandstag soll bestimmen, ob wieder zwei Verbandsmitglieder zur Frankfurter Arbeiterakademie entsendet werden, desgleichen nach München. Ein wertvolles Prinzip stellt dar, daß die Regierung Staatsmittel zur Schulung von Betriebsräten bereitstellt.

Nach einer Erörterung der Reorganisationspläne für die Eisenbahn ging Scheffel auch auf die Frage des Zusammenschlusses des DGB. mit anderen Verbänden ein. Er hält nichts von Konstruktionen, entscheidend sei, wie sich mit möglichst geringem Kraftaufwand der Zweck der Organisation am besten erreichen lasse. Das sei bei einem Zusammenschluß mit dem Transportarbeiterverband jetzt noch nicht der Fall, erst wenn eine innere Notwendigkeit dazu vorliege, könne der Zusammenschluß erfolgen. Das gleiche gilt vom Gemeinheitsarbeiterverband.

Die Schwächung oder Zerstückelung des Deutschen Beamtenbundes wurde vom DGB. erstrebt, deswegen unterstützen wir den

Allgemeinen Deutschen Beamtenbund.

abgleich wir ursprünglich für gemeinsame Organisation der Arbeiter und Beamten eintraten. Auf die Dauer wird aber Streik nicht ausbleiben, wo in einem und demselben Betrieb zwei verbundene Organisationen die Beamten für sich in Anspruch nehmen. Zusammenfassung in einer einheitlichen Organisation würde die Macht der Eisenbahner entschieden stärken. Mit Scheffels lebhaft begrüßter Schlussauforderung zum geschlossenen Zusammenstehen für Demokratie und Sozialismus endet der erste Verhandlungstag.

Ein Antrag, einem Redner der „Opposition“ unbeschränkte Redezeit zu gewähren, wird mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Wetter bis Donnerstag mittag. Zunächst überwiegend bewölkt mit weit verbreiteten, anfangs im Vorderrand, dann auch im Mittelland, die nachts kalten Regengüssen. In den Tagesstunden mäßig warm, später zeitweise auffrischend.

Freitag **Massenkundgebung** gegen Teuerung und Wucher

15. Septbr.:

Parteigenossinnen und -genossen erscheint zahlreich!

Die Reichswehr verteilt Hakenkreuze.

Ein in Berlin wohnender Herr bekam dieser Tage von der 3. Kavallerie-Division Kassel folgenden Schreiben:

Kassel, den 7. September 1922.
3. Kavallerie-Division.
Abt. 2a Nr. (hier fortgelassen).
Einschreiben!

Herrn R. R.

In der Anlage übersende Ihnen die Division eine finnische Erinnerungsmedaille nebst Band und Bestzeugnis.

Anliegende Empfangsbescheinigung wird zurückbeten. Die verlichenen Freiheitsmedaillen sind auf dem Transport seinerzeit gestohlen worden. Die maßgebenden Stellen haben zwar Nachforschungen angestellt, doch ist mit einem Erfolg der Medaillen nicht zu rechnen. Vorläufig gelangt nur die Erinnerungsmedaille zur Versendung.

Von Seiten der Division
für den Chef des Stabes
v. Pamel.

Dem Schreiben beigefügt ist eine Bescheinigung des finnischen Kriegsministeriums. Die finnische Regierung kann ja nun Orden und Medaillen versehen, an wen sie will. Wieso aber deutsche Reichsstellen dazu da sind, die Ausführung und Uebermittlung solcher Ordensverleihungen zu übernehmen, wieso aus Reichsmitteln die gar nicht unerhebliche Bureauarbeit und das Porto für die Verleihungen (es handelt sich sicher um eine ganze Anzahl solcher Briefe) aufgebracht wird, das ist uns unerklärlich. Hat sich die 3. Kavallerie-Division etwa deswegen so eifrig der Sache angenommen, weil die Medaille auf der Rückseite ein großes Hakenkreuz zeigt?

Ein nationaler Räuberhauptmann.

Nur fünf Monate Gefängnis!

Das Münchener „Volkgericht“ verurteilte den Hauptmann Römer vom Bund „Oberland“ zu fünf Monaten Gefängnis wegen Anreizung zu Verbrechen. Römer hatte, um der leeren Kasse des Freikorps „Oberland“ aufzuhelfen, einige Bundesmitglieder angefordert, ein Automobil mit Ausländern zu überfallen und die Insassen zu berauben. Der Ausrede Römers, daß er seine Leute nur habe „prüfen“ wollen, schenkte das Gericht auf Grund der Zeugenaussagen keinen Glauben. Der Bund „Oberland“ ist dem bayerischen — Ordnungsbund angegliedert.

Herr Römer, dessen Name auch mit früheren Gewalttätigkeiten der Oberländer verknüpft ist, scheint eine Naz-Hölz Verwandte Natur zu sein. Aber Hölz wurde zu lebenslänglichem Rasthaus verurteilt, Römer erhielt nur fünf Monate Gefängnis. Das ist ein gewaltiger Kontrast, selbst wenn man in Betracht zieht, daß Römers Verbrechen nicht zur Ausführung gelangte. Denn immerhin hätte Römer nach dem § 40a StGB. (Luchter-Paragraf) mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden können. Aber gewisse Diktoren der bürgerlichen Ordnung ist diese nicht viel wert, sobald sie von reaktionärer Seite gehört wird.

Aufrechte Vergeßlichkeit.

Der „Bund der Aufrechten“ ist auf Grund des Schutzgesetzes verboten worden, aber sein Organ, „Der Aufrechte“, erscheint merkwürdigerweise immer noch. Natürlich benutzt er dieses Erscheinen, um gegen das Verbot des Bundes zu polemisieren. Sobald man den Reaktionen an den Kraagen geht, sind sie alle Unschuldslämmer, und so liegt man denn im „Aufrechten“, daß der aufgelöste Bund nichts weiter gewollt hätte, als an die sittlichen Kräfte des Volkes zu appellieren.

Vergeßlich, ach wie vergeßlich! Kurz vor der Ermordung Walter Rathenaus las man in demselben Blatte, daß die Männer, die jetzt

wässert unbenuzt ablaufen zu lassen, in der Annahme, daß dadurch endlich der Zustuß von beherem Wasser erzwungen werden kann. Durch diese gestiegerte Wasserentnahme wird auch eine riesige Menge an Brennstoff nutzlos verfeuert — eine Vergeudung, die heute vermieden werden muß.

Was ein Einmillionenrubelstein wert ist. Ein Angestellter des Siemens-Konzerns erhielt kürzlich von einem Freunde aus Rostau einen der neuen in Sowjetrußland in den Verkehr gebrachten Einmillionenrubelsteine zugesandt. Auf die Rückseite dieses Goldscheines hatte der deutsche Abnehmer aus Rostau folgendes geschrieben: „Der Kurs dieses Goldscheines beträgt augenblicklich 73,50 Mark, aber kaufen kann ich mir hierfür in Rostau sehr wenig: zwei Anstichsorten kosten eine Million, ein Bleistift auch eine Million, eine kleine Flasche Tinte ebenso eine Million. In der Konditorei bekomme ich hierfür einen Kuchen oder ein Glas Kaffee (800 000 plus Trinkgeld 200 000) macht eine Million. Eine kleine (halbe) Tafel Schokolade kostet eine Million, ein Rädchen Zigaretten (25 Stück) eine Million. Daher erlaube ich mir den Reichthum, auf der von der Sowjetregierung vorförmlich unbedruckt gelassenen Seite dieses Scheines Deiner lieben Hebe und Dir aus dem Paradiese der Milliardäre meinen besten Gruß zu überleiden.“

Stimme Beredsamkeit. Die Vertreter von 40 000 Laubstummeln aus ganz Italien haben sich zu dem ersten Nationalkongress der italienischen Laubstummeln in Rom vereinigt. Bei der Versammlung wurden lange und sehr beredte Reden gehalten, bei denen sich die romantische Begegnung für die Gebirgsbewohner in bestem Lichte zeigte. In dem Kongresssaal herrschte dabei das tiefste Schweigen. Die Sprecher benutzten nur ihre Finger, und kein Ton wurde vernommen. Der Kongress beschäftigte sich hauptsächlich mit Erziehungsfragen und forderte, daß alle Laubstummeln zum Besuch einer Laubstummelnschule von Staats wegen gezwungen und dort unentgeltlich unterrichtet werden sollten.

Jean Rena, der bekannte Poffenautor und Theaterdirektor, ist gestern im Alter von 63 Jahren gestorben. Als Hausdichter des Carl-Theaters, Wolf-Erste und Zentraltheaters sowie als Leiter des Tholatheaters hat er in der Berliner Kulissenwelt eine gewisse Rolle gespielt.

Kammerspiele des Deutschen Theaters. Das Theater „Pittnera“ (alt deutsch: Baldberr), das demnächst sein Gastspiel beginnt, besteht aus Regisseuren, Schauspielern und Tänzern der Moskauer Kammertheater und des Moskauer Kaiserlichen Ballets und hat sich die Aufgabe des nationalen russischen Tanzes und der Groteske in der Ausföhrung seiner Szenen, Tänze, Solo- und Chorgesänge zur Aufgabe gemacht. Es steht unter der künstlerischen Leitung von Dr. E. Bormell, Regisseur des Moskauer kaiserlichen Kammertheaters. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Heinrich Jorler (ebenfalls von den Moskauer Kammertheatern).

David Windl, der bekannte jiddische Arbeiterdichter und Dramatiker, befindet sich auf der Durchreise nach Palästina in Berlin. Aus diesem Anlaß veranstaltet die Ad-Din-Kulturliga am 13. 8 Uhr abends, im großen Saal der Ressourcen, Oranienburger Straße 19, einen öffentlichen Begräbnisabend.

Medition im Gely-de-Rhebb-Prag. Am 22. findet in Leipzig die Verhandlung der von Gely de Rhebb gegen ihre Verurteilung eingeleiteten Revision statt.

Deutschland regieren, von Rechts wegen alle „an der Laterne baumeln“ müßten. Auch ein Appell an die „sittlichen Kräfte“ des Volkes! Aber wir brauchen nicht in die Vergangenheit zu gehen. In der vorliegenden Nummer vom 3. September lesen wir auf Seite 265:

Die Beamten haben Handschellen und Maulkörbe bekommen. Man sehe nur, was in Thüringen möglich ist! Und was nicht mit der Peitsche geht, das geht mit Juckerbrot desto besser. 75 Millionen Mark zum „Schutze der Republik“ sind bewilligt. Wohl bröckelns den Empfängern, Appell braucht man ihnen ja nicht erst zu wünschen.

Das System der Verhätigungen und Verleumdungen wird also munter fortgesetzt.

Wenn zwei daselbe tun.

Rathenau und der Stinnes-Vertrag.

Wegen seines Vertrages mit den französischen Wiederaufbauorganisationen fand Herr Stinnes den Beifall der rechtsgerichteten Presse. Sein vaterländisches Verdienst erscheint jedoch in welenlich anderem Lichte, wenn man des Geschäftes gedenkt, das er und seine Unternehmungen dabei machen. Und es wird noch greller beleuchtet durch die Tatsache, daß anderen Unternehmungen, darunter der AEG, des verstorbenen Rathenau, ein ähnlicher Vertrag angeboten wurde. Die „Sozialistische Korrr.“ teilt dazu mit:

Der Marquis de Luberae hatte bereits zu Lebzeiten Walter Rathenaus den Vertrag, den er jetzt mit Hugo Stinnes geschlossen hat, der AEG, und ihrem Generaldirektor Deutsch angeboten. Herr Deutsch hat Verhandlungen über die Idee abgelehnt mit der auf der Hand liegenden Begründung, wenn ein solcher Vertrag zwischen der AEG, und einer französischen Finanzgruppe zustande käme, würden er und Rathenau sich vor den Vorwürfen und Schmutzfäbeln der nationalstiftischen Presse überhaupt nicht mehr retten können.

Dann ist, soweit wir wissen, der Herr Marquis durch Vermittlung der Dresdener Bank an einige andere große deutsche Unternehmungen herangetreten. Diese standen indessen nicht — wie Rathenau und Deutsch — auf dem Standpunkt der Erfüllung- und Verschönerungspolitik, sondern waren rationalistisch gestimmt wie Quach und Hugo Stinnes. Sie erklärten deshalb den Unterhändlern, sie könnten nach ihrer Ueberzeugung nicht dazu mithelfen, die Menge der deutschen Reparationslieferungen zu vermehren. Denn je höher die Reparationslieferungen, um so stärker die Geldinflation in Deutschland, um so gefährlicher die Auslagerung des deutschen Wirtschaftslebens, um so unmöglicher die Wiedereroberung des Weltmarktes. Ein solcher Vertrag zur Vermehrung der Reparationslieferungen wäre für sie höchstens in Frage gekommen, solange Deutschland für fehlende Reparationslieferungen Gold hätte zahlen müssen. Das sei jetzt abgeschafft, was an Reparationslieferungen fehle, fehle eben. Und da ihrer Ueberzeugung nach Deutschland noch niemals soviel liefern könne, wie zur Verschönerung Frankreichs notwendig wäre, hielten sie sich an die Bestimmung des Wiesbadener Abkommens, daß kein deutscher Unternehmer zu Reparationslieferungen gezwungen werden könne und liefern nicht und täten auch nichts, um die Reparationslieferungen zu vergrößern und vorwärts zu treiben. Sie hätten nicht für 90 Millionen Goldmark Profit die deutsche Industrie an Frankreich verkaufen.

Das alles ist nach sozialdemokratischer Auffassung gefährlicher nationalstiftischer Unsinn. Aber es entspricht durchaus der Politik, welche Herr Hugo Stinnes seit jeher gepredigt hat. Als dann aber der Herr Marquis de Luberae an Stinnes herantrat, da wurde Herr Stinnes plötzlich Erfüllungspolitiker. Rathenaus Erbe und Gewinner von 90 Millionen Goldmark Profit.

Der von uns wiederholt betonte Widerspruch zwischen Stinnes dem Politiker und Stinnes dem Geschäftsmann erfährt durch diese Feststellungen eine Bestätigung. Es ist eben nicht dasselbe, wenn zwei daselbe tun, wenn Rathenau den Grund zu dem Vertrag legte, den Stinnes jetzt abschließen konnte, und wenn dieser mit 6 Proz. Brodfrösten und Frankenteile das Geschäft perfekt macht. Rathenau, der bei dem Wiesbadener Abkommen das Interesse der Allgemeinheit wahren wollte und persönliche Vorteile von sich wies, wurde zu Tode gehetzt. Stinnes macht das Geschäft, avanciert zum Vater des Vaterlandes — und hegt seine Presse weiter gegen die Regierung.

Gegen eine Legendenbildung.

Im Pariser „Peuple“, dem Organ des französischen Gewerkschaftsbundes, wird der Stinnesvertrag eingehend kommentiert. An der Spitze des Blattes wird u. a. darauf hingewiesen, daß ein französischer Marquis einem Alldeutschen die Hand reicht und es wird daran die Frage geknüpft, ob die deutsch-französische Ausföhrung nicht mehr verdammenswert sei, wenn es sich um Kapitalisten handelt.

Wir können diesen Kommentar des „Peuple“ nur vollinhaltlich unterschreiben. Unser französisches Bruderblatt knüpft aber in seinen Nummern von Mittwoch und Donnerstag einige Bemerkungen daran, die uns nötigen, in kameradschaftlicher Weise einer eventuellen Legendenbildung vorzubeugen.

Es wird da behauptet, daß die deutschen Sozialdemokraten, wie auch die deutsche Regierung, „das plutokratische und reaktionäre Wanderver des Herrn Stinnes sich entwickeln ließen, indem sie es nicht wagten, die Notwendigkeit einer wirklichen Anstrengung in der Frage der Reparationen zu verkünden“.

Hierauf haben wir folgendes zu erwidern: Wenn solche Behauptungen in einem beliebigen bürgerlichen Blatt der poincaristischen oder der Stinnespresse — und die sind beide in diesem Punkte ein Herz und eine Seele — gemacht worden wären, so würden wir sie als natürlich hingenommen haben. Etwas anderes ist es aber, wenn solche mit der Wahrheit direkt in Widerspruch stehenden Behauptungen in dem Organ des französischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht werden.

Wir erinnern also nochmals daran, daß das erste Angebot zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs im Dezember 1918 von Deutschen Bauarbeiterverband gemacht worden ist. Wir erinnern weiter daran, daß vom April 1919 ab alle deutschen Regierungen, in denen Sozialdemokraten saßen, unermüdet und immer wieder Vor schläge für die Ausföhrung der Wiederaufbauarbeiten gemacht haben. Wir erinnern weiter daran, daß alle diese Vor schläge auf dem Grundsatze beruhten, daß Reparationsgewinne ausgeschaltet werden, und daß dagegen die Kontrolle der französischen und der deutschen Arbeiterorganisationen eingeschaltet wird. Wir erinnern schließlich daran, daß alle diese Vor schläge von der französischen Regierung entweder direkt zurückgewiesen worden sind, oder ohne Antwort blieben. Und wir erinnern schließlich daran, daß der letzte Versuch, der seitens

der deutschen Arbeiterorganisationen gemacht worden ist, mit Zustimmung der betreffenden Bevölkerung und in Gemeinschaft mit den französischen Gewerkschaften selbst Wiederaufbauarbeiten auszuführen, von den französischen Behörden hintertrieben worden ist.

Das alles muß der „Peuple“ wissen. Wir wissen — das soll kein Vorwurf gegen die französischen Arbeiter sein — daß der Einfluß, den die deutsche Arbeiterchaft in Deutschland auf die Form der Vorschläge zur Ausföhrung der Wiederaufbauarbeiten hatte, nicht sein entsprechendes Gegengewicht in einem gleich starken Einfluß der französischen Arbeiterbewegung in Frankreich gehabt hat. Aber dieser mangelnde oder nur geringe Einfluß der französischen Arbeiterbewegung ist leider schuld daran, daß alle Anstrengungen und alle Anerbieten der deutschen Arbeiterchaft und der deutschen Reichsregierung resultatlos geblieben sind. Die französische Regierung, ob ihr Chef nur Poincaré, Briand oder Clemenceau hieß, hat jede Erfüllungspolitik zurückgewiesen, die von der republikanisch gesinnten Arbeiterchaft Deutschlands getragen war. Sie hat ihre Zustimmung erst in dem Augenblicke gegeben, als Herr Stinnes sich des Wiederaufbaues bemächtigt, und zwar nicht im Sinne einer Ausföhrung der Völler, sondern ganz einfach als ein Geschäft.

Der „Peuple“ kennt den Vertrag von Versailles. Er weiß, daß Deutschland nicht bestimmen kann, wie die Arbeiten in Nordfrankreich ausgeführt werden sollen. Der „Peuple“ weiß, daß darüber einzig und allein die französische Regierung zu bestimmen hat. Wenn die französische Regierung also dem Vertrage Stinnes-Luberae ihre Zustimmung gibt, so hat weder die deutsche Arbeiterchaft noch die deutsche Reichsregierung irgendein Mittel in der Hand, dies zu verhindern. Das könnte aber durch das französische Parlament bzw. durch einen entsprechenden Druck auf dieses Parlament geschehen. Ob die französische Arbeiterbewegung, gestoppt, wie sie nun einmal leider ist, die nötige Kraft aufzubringen vermag, um die Zustimmung zu dem Geschäft zu verhindern, erscheint leider zweifelhaft. Es heißt aber doch wirklich die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn der „Peuple“ aus der eigenen Nachsichtigkeit eine Verfehlung der deutschen Arbeiterchaft konstruiert.

Gewerkschaften und Stinnes-Abkommen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich noch im Laufe dieser Woche mit dem Vertrag Stinnes-Luberae beschäftigen.

Aufklärung über Oberkassel.

Paris, 12. September. (W.T.B.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel kommen die Feststellungen des Obersten Nag, der vom Justizdepartement mit der Prüfung der in Oberkassel am Tatort gefundenen Munition beauftragt worden war, zu folgendem Schluß:

Die auf der Straße gefundenen Patronenhülsen sind die von der Pistole System Colt abgeschossenen Kugeln, die Sergeant Stoes in der Hand hielt, als er fiel. Die am Tatort gefundene Kugel ist von einer Pistole desselben Kalibers abgefeuert worden, wie die dem Sergeanten Stoes gehörige es ist. Die Schlußfolgerungen führen also mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu der Annahme, daß der Sergeant, der infolge des Streiks, den er gehabt hat, in großer Aufregung aus dem Café herankam, aus Unachtsamkeit die Sicherung seines Revolvers gelöst hatte, um sich gegen einen etwaigen Angriff zu sichern, und so zufällig den belgischen Wachposten getötet hätte. Wo er sich dann über die Schwere seiner Unklugheit und seiner Verantwortung klar wurde, hätte er die Waffe gegen sich selbst gewandt. Nach dem „Matin“ ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen, und Oberst Nag habe noch den Auftrag, einen zweiten Bericht anzufertigen.

Es ist jetzt eine Untersuchung angeleitet worden, um festzustellen, wie es möglich war, daß sich der Unteroffizier um 3 Uhr morgens außerhalb der Kaserne befand.

Nach diesen Feststellungen, die leider noch nicht in der Föhrung einer amtlichen belgischen Stelle vorliegen, ist zu erwarten, daß die belgische Regierung nicht länger zögern wird, ihren Drcum einzusehen und wiedergutzumachen. Bestrebten muß es unter diesen Umständen, wenn von amtlicher belgischer Seite ohne weiteren Kommentar mitgeteilt wird, daß der Deutsche Laube, der sich zur Zeit der Vorfälle in Oberkassel in dem Café befand, verhaftet worden ist. Es wäre doch notwendig, Aufklärung darüber zu verlangen, welche Ursache diese Freiheitsberaubung hat, nachdem festgestellt werden konnte, daß Deutsche mit der ganzen Schieß-Wäre nichts zu tun haben.

Das Orientproblem.

Richtlinien der Entente.

London, 12. September. (Reuter.) Zwischen den allierten Regierungen sind Mitteilungen ausgetauscht worden bezüglich der allgemeinen Linie der Politik, die befolgt werden soll, und es könne angenommen werden, daß keinerlei Abweichung von der allgemeinen Linie der Politik gegenüber der Türkei, die am 1. März auf der Konferenz der Außenminister in Paris festgelegt wurde, stattfinden wird. Es ist bereits durch eine gemeinsame Mitteilung klargestellt worden, daß keinerlei Verletzung der neutralen Zone durch die Kemalisten gestattet wird. Bezüglich der vorgeschlagenen Konferenz für den nahen Osten ist die britische Regierung, obwohl die Notwendigkeit für den Zusammentritt einer solchen Konferenz zu einem baldigen Zeitpunkt anerkannt wird, der Ansicht, daß der Augenblick für irgendeine Erörterung auf der für die Konferenz von Venedig vorgeschlagenen Grundlage nicht günstig ist. Die alliierten Regierungen werden eine Klärung der militärischen Lage abwarten, bevor sie irgend etwas Endgültiges in der Art einer allgemeinen politischen Konferenz vorschlagen. Die britische Regierung hat keinerlei offizielle Berichte erhalten bezüglich der Meldung, daß die jugoslawische Regierung sich an Italien wegen Vertretung auf irgend einer solchen Konferenz gewendet habe. Aber ein derartiger Schritt sei bereits seit einiger Zeit als unvermeidlich anerkannt worden, angeht die Tatsache, daß die Frage einer Gemeinsamkeit zwischen der Türkei und Bulgarien vitale Interessen Serbiens berühren würde. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß andere Mächte, die auch direkt interessiert sind, ebenso handeln werden.

Intervention der Balkanmächte!

Paris, 12. September. (W.T.B.) Nach einer „Matin“-Meldung aus Belgrad haben der griechische und der englische Gesandte bei der jugoslawischen und der rumänischen Regierung einen Schritt unternommen, welcher die Intervention Jugoslawiens und Rumäniens im griechisch-türkischen Konflikt im Sinne der Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan verlangt. Nach „Tribuna“ fordert die Bevölkerung von Saloniki, welche Unruhen befürchtet, die Besetzung der Stadt durch serbische Truppen.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Betriebsräte.

Die am 5. September vertagte Generalversammlung der Berliner Betriebsräte nahm am Montagabend in der Stadthalle ihren Fortgang. Sie wurde mit eingehenden Ausführungen des SPD-Berliners Bernhard Krüger über die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die Lage der deutschen Arbeiterschaft eingeleitet.

Krüger erklärte, daß angesichts der wahnwitzigen Teuerung Verzweiflungsausbrüche der Arbeiterschaft wohl verständlich seien, daß aber damit ihre Lage nicht gebessert werde. Stellung nehmen zur Teuerung, bedeute Stellung nehmen zu den Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages, der die Hauptschuld an der Not der deutschen Arbeiterschaft trage. Dieser Vertrag, dessen Unterschreibung gerade von den Arbeitern gefordert worden sei, drohe das Wirtschaftsleben Deutschlands wie auch der Siegerstaaten zu vernichten. Deshalb müsse der Versailler Friedensvertrag als Wurzels des Übels beseitigt werden. (Zustimmung, Unruhe bei den Kommunisten.) Allerdings wäre es denen, die mit der Lenintheorie haften gingen, lieber, wenn die Verleumdung der deutschen Arbeiter noch weitere Fortschritte mache. Wenn man als Sozialist immer wieder betone, daß eine Verbesserung der Lage nur durch die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft erzielt werden könne, so dürfe man dabei auf keinen Fall an das Moskauer Rezept denken. Denn die Kommunisten, die in Deutschland in beweglichen Worten Klage führten, daß die Arbeiterschaft hungere und friere, sollten lieber nach Rußland schauen, wo die Arbeiterschaft tatsächlich verhungere. Selbst die restlose Durchführung der vom ADGB aufgestellten Forderungen dürfte kaum ein Bioten an den heutigen Zuständen ändern. Trotzdem müßte das Menschenmögliche versucht werden. Aber mit Kontrollausschüssen und sonstigen kommunistischen Rezepten ließe sich die Teuerung auf keinen Fall beheben. Der Aufruf der Fünfzehnerkommission beweiße lediglich, daß angesichts der bevorstehenden Einkünfte des deutschen Proletariats die Kommunisten Angst hätten, daß ihnen in den Gewerkschaften alle Felle weggeschwommen. (Lebhafte Beifall.)

Es kam dann zu einer lebhaften Aussprache, in der der USB-Vertreter Schiemann sich scharf gegen den Versuch wandte, durch Einberufung eines Reichsbetriebsrätekonferenzen der Roten Gewerkschaftsinternationale Moskaus in Deutschland Boden zu schaffen. Von der Opposition wurden demgegenüber die Forderungen des „Offenen Briefes“ unterstellt und die sofortige Einberufung des Reichsbetriebsrätekonferenzen verlangt. Wer sich dieser Bewegung entgegenstemme, so erklärten die kommunistischen Redner, über den werde sie hinweggehen.

Dann hielt Emil Barth des Schluswort. Er betonte nochmals, daß das Festhalten an den Kontrollausschüssen und den Reichsbetriebsrätekonferenzen lediglich die Gründung der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale in Deutschland bedeute, und daß mit solchen Mitteln die deutsche Arbeiterschaft immer weiter gespalten und zersplittert werde. Er entwickelte noch einmal eingehend seine Vorschläge zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Unter Zugrundelegung der englischen Löhne als Standard müßten die deutschen Arbeiter die Hälfte der englischen Löhne erhalten, während die andere Hälfte von den Unternehmern als Steuer an den Staat abzuführen sei, der dadurch 17½ Milliarden Gewinn erhalten würde.

Unter allgemeiner Spannung wurde dann zur entscheidenden Abstimmung geschritten. Mit 186 gegen 125 Stimmen wurde die Resolution des Volksgenossen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale angenommen. Diese Entschließung beauftragt den Volksgenossen, durch den Beirat eine Vertreterschaft von Betriebsräten aus dem ganzen Reich anzuregen, die „diskutablen Grundlagen“ für einen Reichsbetriebsrätekonferenz zu schaffen hat. Die von der Opposition eingebrachte Resolution war damit erledigt. Eine weitere Entschließung des Volksgenossen, in der das Vorgehen der Opposition genehmigt wurde, wurde mit 137 gegen 136 Stimmen abgelehnt.

Der abgefragte Anwaltsstag.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: In Nummer 421 des „Vorwärts“ vom 6. September 1922 wird berichtet, daß der Deutsche Anwaltsverein sich gezwungen gesehen hat, den für die zweite Septemberwoche nach Hamburg einberufenen 23. Anwaltsstag abzulegen, da er nicht in der Lage sei, die Kosten der Tagung aufzubringen. Dazu möchten wir folgendes mitteilen:

Es steht fest, daß den einzelnen Anwälten Zahlungsaufforderungen zur Deckung der Kosten des Anwaltsstages zugegangen sind. Von

der Laifache ausgehend, daß heute noch viele Anwälte mit ihrer Familie große Ferien- und Seereisen unternehmen, können wir nicht annehmen, daß auf Grund der Zahlungsaufforderung an die Rechtsanwälte nicht so viel Geld zusammenkommen sollte, um den deutschen Anwaltsstag abhalten zu können. Wir glauben vielmehr, daß der Deutsche Anwaltsverein aus ganz anderen Gründen seinen 23. Anwaltsstag abgefragt hat. Wir kommen zu diesem Verdacht auf Grund eines uns vorliegenden Briefes eines bekannten Hamburger Rechtsanwalts an den Vorsitzenden des Hamburgischen Anwaltsvereins, in dem es u. a. heißt: „... daß durch diese Zahlungsaufforderungen und Einladungen der Gegenseite (mit der Gegenseite sind die notleidenden Anwaltsangehörigen gemeint) willkommener und nach außen stark wiegendes Material gegeben würde, dem gegenüber in Zukunft auf das „Recht können“ auch nur eines Teils der Anwälte hinzuweisen schwer sein wird (nämlich auf das angebliche Unvermögen der Anwälte, die Gehälter ihrer Angestellten der Teuerung anzupassen). Wörtlich lautet der Brief dann weiter:

„Im Programm (gemeint ist das Programm zum 23. Anwaltsstag) fehlt nichts, auch gar nichts aus einem „Friedensprogramm“: Atlantik, See, Blankese, Friedrichruh-Fahrt, Essen im Frühjahr, alles ist vorhanden; also eine Schlemmerei wie üblich, vielleicht etwas weniger tatsächlich, aber doch nach außen hin üppig und reichlich. Das verstimmt und bringt auch die Klienten, von denen wir das Machte fordern, gegen die Anwälte auf. Ich möchte daher ersuchen, ob man sich nicht offen entschließen will, das Vergütungsprogramm auch jetzt noch erheblich zu kürzen; man kann das unbedenklich mit Rücksicht auf die politische Lage, das neue Garantieabkommen, die Finanzpolitik und die ungeheure geänderte wirtschaftliche Lage und Teuerung.“

Der Schlusssatz dieses Briefes lautet: „Ich weiß auch, daß viele Kollegen, deren Gründe dafür mir nicht bekannt sind, weitere Zahlungen für den Anwaltsstag ablehnen. Aber nicht wegen Mangels an Mitteln, sondern aus den obengenannten Gründen. Gerade die Anwaltsangehörigen haben ein dringendes Interesse, hier einer Durchführung der Öffentlichkeit vorzubeugen, da diese nicht zuletzt erfolgt, um gegen die Gehaltsforderungen der Angestellten Stimmung zu machen.“

Ihre Reiz im „Vorwärts“ läßt die Leser zu dem Schluß kommen, daß die Anwälte aus Mangel an Geld nicht den Anwaltsstag abhalten können. Jener Hamburgische Rechtsanwalt dagegen sagt in seinem vorstehend angeführten Schlußsatz klipp und klar, daß viele seiner Kollegen weitere Zahlungen für den Anwaltsstag ablehnen nicht aus Mangel an Mitteln, sondern aus den obengenannten Gründen. Gerade die Anwaltsangehörigen haben ein dringendes Interesse, hier einer Durchführung der Öffentlichkeit vorzubeugen, da diese nicht zuletzt erfolgt, um gegen die Gehaltsforderungen der Angestellten Stimmung zu machen.

Last eure Kinder nicht Zahntechniker werden!

Die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf beträgt etwa 60 Proz. und die Gehälter liegen weit unter dem Existenzminimum. Ein später selbständiges Arbeiten ist nur dem Kapitalstärker möglich, betragen doch die Kosten für eine mäßige Zahnklinik 100 000 bis 150 000 M. Außerdem ist damit zu rechnen, daß der Staat die Möglichkeit zur Ausübung einer Praxis beschränkt. Verband der angestellten Dentisten und Helferrinnen, Sig Berlin.

Lohnstreit im Drahtfängergewerbe.

In einer überfüllten Versammlung am 11. September im Gewerkschaftshaus nahmen die Drahtfängersführer Stellung zu den Verhandlungen ihrer Branchenleitung und Lohnkommission mit den Arbeitgebern. Mit großem Beifall nahmen die Versammelten Kenntnis von dem Verhalten der Arbeitgeber, die sich beharrlich weigern, den Grundlohn eines Fahrers, der im Frieden 1,50 M. pro Schicht betrug, auf 30 M. heraufzusetzen, wie es der Demobilisierungskommission den Arbeitgebern dringend empfohlen hat. Mit der weiteren prozentualen Bezahlung der Fahrer von 15 Proz. der Gesamteinnahmen der Benzinfahrer, 20 Proz. für Elektrofahrer und 25 Proz. für Pferdelfahrer haben sich die Arbeitnehmer einverstanden erklärt. Das Streitobjekt ist also lediglich die Erhöhung des Grundlohnes auf 30 M. pro Schicht. Die Versammelten hielten einstimmig die unternommenen Schritte ihrer Vertreter gut und beauftragten dieselben fernerhin, alles Erforderliche zur Vertretung ihrer berechtigten Interessen zu veranlassen.

Angestellte der Groß-Berliner Metallindustrie!

Nachdem das mit dem BDRZ, am 2. d. Mis. erzielte Verhandlungsergebnis nachträglich auch von den Kollegen des Deutschen

Metallarbeiterverbandes mit knapper Mehrheit angenommen worden ist, kann die Gehaltsbewegung für die Monate August und September 1922 als abgeschlossen betrachtet werden.

Die Vereinbarungen sind im Wortlaut im Ortsartikel Groß-Berlin des Afa-Bundes, Berlin N 89, Reinickendorfer Str. 118, erhältlich.

Achtung, Bauarbeiter Berlins!

Nachdem die Bezirke I und II, Südost und Gesundbrunnen auf Grund organisationschädigender Vorgänge aufgelöst werden mußten, sind Anhänger bzw. Beauftragte der kommunistischen Partei am Werke, um die in diesen Bezirken wohnenden Kollegen aufzusuchen und sie für ihre Zwecke, für den kommunistischen Bauarbeiterverband zu gewinnen. Unter Vorpiegelung allerhand falscher Gerüchte, hoffnungsvoller Versprechungen und was sonst noch benötigt man die Gelegenheit, die Verbandsbücher einzuziehen.

Bauarbeiter Berlins! Laßt Euch durch derartige Machinationen nicht irreführen, sonst schädigt Ihr Euch selbst! Dieser kurze Hinweis sollte genügen, um jedes Mitglied unseres Verbandes vor unüberlegten Handlungen in seinem eigenen Interesse zu warnen.

Im übrigen verweisen wir auf das dieser Tage an die Mitglieder ergehende Flugblatt. Der Vereinsvorstand.

Septemberlöhne im Böttchergewerbe. Wie uns der Böttcherverband mitteilt, erhöhen sich die Augustlöhne für Böttcher in der ersten Septemberhälfte um 18 M. und in der zweiten Septemberhälfte um weitere 10 M. pro Stunde. Die Löhne für Hilfsarbeiter erhöhen sich um 15 bzw. 10 M. pro Stunde. Das September-Lohnabkommen ist im Bureau, Engelauer 24, III, erhältlich.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Damen-, Kinder- und Kleinkind-Konfektion! Am 2. resp. 4. September traten neue Lohnsätze in Kraft, 55 Proz. Zuschlag auf den bisherigen Tariflohn: für Männer 69,25 M., für Frauen 47,90 M. Spitzenlohn pro Stunde. Tarifnachträge werden im Bureau, Sebastianstr. 37/38, und in den Bezirksversammlungen ausgegeben.

In den Glashandlungen, die zur Deutschen Fensterglas-Arbeiter-Gesellschaft gehören, stehen die Zuschneider, Hilfsarbeiter, Schauffeure und Antischer seit Dienstag im Streik. Der Lohn war bisher 39 M., gefordert sind 60 M. pro Stunde.

Metallarbeiter. Die in der gestrigen Abendausgabe angezeigte Versammlung der auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Funktionäre findet erst am Freitag um 6 Uhr in der Humboldt-Akademie, Gartenstr. 28, statt.

Die Präsidialvorstände.

Die Reichsarbeitsverhandlungen im Bankgewerbe sollen nach Mitteilung des Allgemeinen Verbandes deutscher Bankangestellter am Freitag wieder aufgenommen werden.

Der Transportarbeiterstreik in Leipzig und mehreren anderen Städten Sachsens wurde von den Unternehmern mit der Ausrüstung der Transportarbeiter im übrigen Sachsen beantwortet.

Der Wiener Buchdruckerstreik scheint beigelegt zu werden. Er trifft besonders die Wiener Presse, da keine Propaganda dafür gemacht werden kann.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branchen: Eisen-Röhrenhandel, heute 6 Uhr im Hof des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24-25, Ballversammlung. — Sattler u. Schuhmacher, Donnerstag 4 Uhr 4 Versammlungen: 1. Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, Saal 1; 2. Arminiuskeller, Bremer Straße 7-9; 3. Kolberger Kaserne, Kolberger Straße; 4. Oberkammerstraße bei Herzlich, Sternstr. 19, Ecke Chausseestrasse. — Beiratssetzung vom Verbandstag. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter, Goldschmied- und Holzrahmengeräte. Mittwoch 5 Uhr im Dresdener Casino, Dresden, Str. 96. Branchenvorstellung gemeinsam mit den Holzarbeitern. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden einzelnen Kollegen unbedingt Pflicht.

Zentralverband der Angestellten, Gemeindebevollmächtigten, Verwaltungsengeheiler, Mittelverwalter, Donnerstag 7 Uhr Zentral-Versammlung, alle Jochstraße 30-32. Funktionäre treffen sich um 5 Uhr ebenfalls.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband. Die nächste Branchenvorstellung — nur für Mitglieder — ist am Donnerstagabend 6 Uhr in den Sophien-Sälen. Unsere Forderungen an die Arbeitgeber.

Deutscher Pulverarbeiterverband. Donnerstag 5 Uhr Versammlung aller Betriebsräte im Saal 10, Engelauer 24-25.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Gesamt 1 Blatt.

Krankheitsregister, die durch Mund- und Nasenhöhle in den Körper eindringen wollen, werden durch Konfektions-Bekleidungen und ungeschützt gemacht. Sie sind daher ein wirksames Schutzmittel gegen Erkältung und Verletzung. Sind angenehm von Geschmack und greifen den Magen nicht an. Von ersten Forschern wurde empfohlen. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsbüro Berlin N 54, Lindenstraße 83/85.
Geschäftszeit: vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 820, 834, 835, 836.

Achtung! Chirurgische Branche.
Heute Mittwoch, den 13. September, nachmittags 5 Uhr, im „Kolonnenhof“, Kolonnenhofstraße 10/11.

Außerordentliche Vertrauensmänner-Konferenz mit Betriebsräten.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss, 2. Mitteilung über Vertrauensmänner und Betriebsrat bei dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommissionsmitglieder der Branche treffen sich eine halbe Stunde vorher bei Hummel.

Donnerstag, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, im Saal des Sophien-Casinos, Weinstraße 16/17.

Versammlung aller in der Knopfindustrie beschäftigten Kolleginnen u. Kollegen.
Tagesordnung: Bericht über den Verhandlungsergebnis, über Arbeitsentlohnung usw.

Auto-Reparatur-Betriebe.
Donnerstag, 14. Septbr., abds. 7 Uhr: **Wichtige Funktionärkonferenz** aller Auto-Reparatur-Betriebe. Tagesordnung: Bericht über den Verhandlungsergebnis, über Arbeitsentlohnung usw.

Achtung! Banntischler. Achtung!
Die in der Branchenversammlung am 7. September bekanntgegebenen Stunden- und Akkordlöhne werden vom 1. September an berechnet.

Donnerstag, den 14. September, nachmittags 4 Uhr, im Verbandshaus, Zietenstr. 83.

Versammlung der Betriebsräte der Untergruppe 8.
Tagesordnung: Bericht über den Verhandlungsergebnis, über Arbeitsentlohnung usw.

Achtung! Die Octoverwaltung.

Anentbehrlich
im Haushalt ist
Dr. Thompson's
Seifenpulver
Marke Schwan
Es eignet sich nicht nur zum Waschen sondern auch zum Putzen, Scheuern u. Abseifen
Überall erhältlich

ULLSTEIN
Schnitt-Muster
mit dem Stoffparer

2000 neue Wintermodelle
erhältlich im
Kaufhaus des Westens
GmbH.

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2% nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

3 Ausnahmetage

Reinwollene Strickjacken . . . 2150.- 2975.- 3750.-
Karierte und einfarbige Ulster 3500.- 5300.- 6750.-
Mantelkleider mit Tressesätzen 2950.- Elegante Kostüme
Astrachan-, Sealplüschmäntel noch billiger!

Entzückende Peizmäntel
weite Glockenform auf schwerem Demasséc-Fuller
zu Ausnahmepreisen!

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8,
Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18,
Gr. Frankfurter Str. 115

Hühneraugen
Fußfehl-Behandlung mit einmündiger, mildem mit absterbender Base. Seit 30 Jahren, 17.90. Otto Reichert, Berlin 43, Eichenbühlstr. 4.

Insertate Vorwärts
verbürgen Erfolg!

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Niel, Kupfer, Platin usw.
ca. 3.000.000
Schwarz, Lange Str. 35
am Schlosser Bahnhof
Lange Straße 30, Laden.